

Monitoring-Verfahren

zur Anwendung der
„Leitsätze der Selbsthilfe für die Zusammenarbeit mit Personen des
privaten und öffentlichen Rechts, Organisationen und
Wirtschaftsunternehmen, insbesondere im Gesundheitswesen“

4. Gemeinsamer Jahresbericht

(01.01.-31.12.2011)

**Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe von Menschen mit
Behinderung und chronischer Erkrankung
und ihren Angehörigen e.V. (BAG SELBSTHILFE)**

und

**FORUM chronisch kranker und behinderter
Menschen im PARITÄTISCHEN Gesamtverband e.V.**

Dieser Bericht steht unter
www.bag-selbsthilfe.de oder www.selbsthilfe.paritaet.org
in dieser und in einer barrierefreien Version zur Verfügung.

Herausgeber:

BAG SELBSTHILFE e.V.

Kirchfeldstraße 149
40215 Düsseldorf

Fon: 0211 3100625
Fax: 0211 3100634

www.bag-selbsthilfe.de
info@bag-selbsthilfe.de

FORUM chronisch kranker und
behinderter Menschen im
PARITÄTISCHEN Gesamtverband e.V.
Oranienburger Str. 13-14
10178 Berlin

Fon: 030 24636 321
Fax: 030 24636 110

www.selbsthilfe.paritaet.org
selbsthilfe@paritaet.org

Juli 2012
Berlin, Düsseldorf: Eigenverlag

INHALT

- I. Grundlagen des Monitoring-Verfahren
- II. Jahresbericht des Monitoring-Ausschusses der BAG SELBSTHILFE e.V.
- III. Jahresbericht des Monitoring-Ausschusses des FORUM chronisch kranker und behinderter Menschen im PARITÄTISCHEN Gesamtverband e.V.
- IV. Tätigkeit des Gemeinsamen Monitoring-Ausschusses BAG SELBSTHILFE und FORUM chronisch kranker und behinderter Menschen im PARITÄTISCHEN
- V. Weiterentwicklungsbedarf bei den Leitsätzen
- VI. Anlage
 1. Muster einer Selbstauskunft über die Einnahmen von Wirtschaftsunternehmen aus dem Gesundheitswesen
 2. Aktualisierte Arbeitshilfe
 3. Muster für die persönliche Erklärung eines Mitglieds des wissenschaftlichen Beirats
 4. Muster für die persönliche Erklärung eines Mitglied des Vorstandes
 5. Muster für die persönliche Erklärung eines hauptamtlichen Mitarbeiters
 6. Presseveröffentlichung zum Gemeinsamen Monitoring-Verfahren
 7. Informationsflyer zum Monitoring-Verfahren
 8. Aktualisierte Leitsätze i. d. F. v. 28.04.2012
 9. Aktualisierte Geschäftsordnung i. d. F. 28.04.2012
 10. Aktualisierte Musterverträge i. d. F. 30.06.2012

I. Grundlagen des Monitoring-Verfahren

Die Selbsthilfe vertritt ihre Aufgaben nur dann glaubwürdig, wenn sie ihre Unabhängigkeit und ihre Neutralität gegenüber anderen Akteuren im Gesundheitswesen eindeutig bewahrt. Aus diesem Grunde haben die BAG SELBSTHILFE und das FORUM chronisch kranker und behinderter Menschen im PARITÄTISCHEN Gesamtverband e.V. (i. F. FORUM im PARITÄTISCHEN) im Jahr 2005 für ihre Mitgliedsverbände verbindliche „Leitsätze für die Zusammenarbeit mit Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Organisationen und Wirtschaftsunternehmen, insbesondere im Gesundheitswesen“ verabschiedet. Zur Absicherung dieser Leitsätze ist zudem ein Monitoring-Verfahren entwickelt worden, welches der beratenden Begleitung der Selbsthilfeorganisationen, der Sanktionierung bei Verstößen und der Weiterentwicklung der Leitsätze dient.

Erfreulicherweise wurden von Anfang an viele der Monitoring-Verfahren durch Prüfbitten der Mitgliedsverbände selbst in Gang gesetzt, welche um Rat in Bezug auf die Ausgestaltung und Grenzen der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen baten. Dieses ist ein deutliches Zeichen, dass das Monitoring-Verfahren bei den Mitgliedsverbänden allgemein bekannt und akzeptiert ist.

a.) Leitsätze

In den gemeinsamen Leitsätzen ist festgelegt, dass die beteiligten Selbsthilfeorganisationen ihre fachliche und politische Arbeit ausschließlich an den Bedürfnissen und Interessen von behinderten und chronisch kranken Menschen und deren Angehörigen auszurichten haben. Selbsthilfeorganisationen dürfen keine Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen akzeptieren, die nicht mit ihren satzungsmäßigen Zielen und Aufgaben in Einklang stehen oder ihre Gemeinnützigkeit gefährdet. Vor allem müssen die Selbsthilfeorganisationen darauf achten, dass sie in allen Bereichen der Zusammenarbeit die volle Kontrolle über die Inhalte der Arbeit behalten und dabei unabhängig bleiben, sowohl bei ideeller als auch bei finanzieller Kooperation. Ferner ist jedwede Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen transparent zu gestalten.

Die Leitsätze beinhalten ferner Regelungen, in welcher Weise Selbsthilfeorganisationen ihre Mitglieder informieren können, ohne gleichzeitig die ihnen obliegende Pflicht zur Neutralität bei der Information zu verletzen. So sind Selbsthilfeorganisationen gehalten, lediglich leitsatzkonform über Angebote zu informieren, sich aber nicht an Werbung zu beteiligen. Wenn Wirtschaftsunternehmen in Publikationen oder auf Veranstaltungen der Selbsthilfegruppen werben, dann ist diese Werbung als solche eindeutig zu kennzeichnen. Die Selbsthilfeorganisation gibt auch grundsätzlich weder Empfehlungen oder ähnliches für einzelne Medikamente, Medikamentengruppen, Medizinprodukte, Hilfsmittel, Heilmittel noch für bestimmte Therapien bzw. diagnostische Verfahren ab, es sei denn, die Empfehlung kann sich auf eine Bewertung einer anerkannten und neutralen Expertengruppe stützen. Dementsprechend soll die Selbsthilfeorganisation sowohl über die Vielfalt von Angeboten, als auch über die Erfahrungen von Betroffenen und über neue medizinische Entwicklungen in den sie betreffenden Indikationsbereichen informieren.

Vielfältige und detaillierte Regelungen sind in den Leitsätzen hinsichtlich der Gewährung von Kommunikationsrechten an Wirtschaftsunternehmen enthalten, so etwa

zum Recht auf Verwendung des Vereinsnamens oder des Logos in Publikationen aller Art, zur Frage der Verlinkung oder zur Gestaltung von Veranstaltungen. Die Selbsthilfeorganisation stellt sicher, dass im Rahmen der Zusammenarbeit stets ihre Neutralität und ihre Unabhängigkeit bewahrt bleiben.

Bei der Entgegennahme von Zuwendungen haben die Selbsthilfeorganisationen nach den Regelungen der Leitsätze ebenfalls darauf zu achten, nicht in finanzielle Abhängigkeit von Wirtschaftsunternehmen oder einer Gruppe von Wirtschaftsunternehmen zu geraten. Sponsoring-Vereinbarungen, welche geldwerte Zuwendungen zum Gegenstand haben, müssen schriftlich fixiert und transparent gemacht werden.

Soweit sich Selbsthilfeorganisationen an der Forschung beteiligen, haben sie sicherzustellen, dass Informationen über das Forschungs- und Studiendesign sowie über laufende Ergebnisse der Forschungsprogramme gegenüber der Selbsthilfeorganisation vollständig offengelegt werden.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die aktuelle, unter den folgenden Adressen im Internet eingestellte Fassung der gemeinsamen Leitsätze verwiesen:

1. www.bag-selbsthilfe.de
2. www.selbsthilfe.paritaet.org

b.) Geschäftsordnung

Zu den Leitsätzen gibt es eine Geschäftsordnung für das in den Leitsätzen geregelte Monitoring-Verfahren.

Insgesamt haben die beteiligten Organisationen seit Februar 2006 in über 50 Sitzungen die nachfolgend im einzelnen aufgeführten Monitoring-Verfahren und damit zusammenhängende Fragestellungen in drei Gremien bearbeitet:

Die Ausschüsse

- Ausschuss der BAG SELBSTHILFE
- Ausschuss FORUM im PARITÄTISCHEN
- Gemeinsamer Ausschuss der BAG SELBSTHILFE und des FORUM im PARITÄTISCHEN

haben nach § 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung folgende Aufgaben:

- Aufklärung und Information der Mitgliedsverbände über die Umsetzung und Auslegung der Leitsätze
- Beantwortung von Anfragen der Mitgliedsverbände und Dritter zur Umsetzung und Auslegung der Leitsätze (Beratungsverfahren)
- Analyse der Beratungsverfahren
- Erarbeitung von Informationen auch für die Presse und Öffentlichkeit zu den Aktionstreffen der Selbsthilfe im Zusammenhang mit der Anwendung und Weiterentwicklung der Leitsätze
- Kontakt und Meinungsaustausch zur Korruption mit anderen Organisationen

Beratungs- bzw. Monitoring Verfahren können durch Beanstandungen, Prüfbitten und Initiativprüfungen eingeleitet werden. So kann zum einen jedermann mit dem Hinweis an die Ausschüsse herantreten, die beteiligten Verbände oder ihre Mitgliedsverbände hätten gegen die in den Leitsätzen niedergelegten Grundsätze verstoßen (Beanstandung) bzw. ein bestimmtes Verhalten könne im Falle seiner Umsetzung zu einem solchen Verstoß führen (Prüfbitte). Zum anderen kann der Ausschuss auch von sich aus einzelne Sachverhalte aus dem Verbandsgeschehen einer Überprüfung unterziehen (Initiativprüfung). Neben der Beurteilung einzelner Sachverhalte kann auch das Gesamtverhalten eines Verbandes einem Prüfverfahren nach § 6 der Geschäftsordnung des Monitoring-Ausschusses unterzogen werden.

Zur Erfüllung der oben beschriebenen Aufgaben haben die BAG SELBSTHILFE und das FORUM im PARITÄTISCHEN jeweils einen Monitoring-Ausschuss eingesetzt, deren Mitglieder von der Vollversammlung des FORUM im PARITÄTISCHEN bzw. dem Vorstand der BAG SELBSTHILFE nach einem entsprechenden Beschluss der jeweiligen Mitgliedsverbände berufen werden. Der Ausschuss FORUM im PARITÄTISCHEN befasst sich dabei ausschließlich mit Prüfbitten und Beanstandungen der Mitgliedsverbände des FORUM im PARITÄTISCHEN, gleiches gilt für Prüfbitten und Beanstandungen der Mitgliedsverbände der BAG SELBSTHILFE. Verbände mit Doppelmitgliedschaften können wählen, welcher Ausschuss tätig werden soll; ansonsten ist der angerufene Ausschuss zuständig. Strittige oder grundsätzliche Fragen, die sich aus der Analyse der durchgeführten Prüfungen ergeben, werden im sogenannten Gemeinsamen Ausschuss, welcher sich aus Mitgliedern beider Ausschüsse zusammensetzt, diskutiert. Gleichzeitig erarbeitet der Gemeinsame Ausschuss sowohl Informationskampagnen als auch Beratungsangebote im Zusammenhang mit dem Monitoring-Verfahren.

Die Mitglieder der Ausschüsse bzw. der Gemeinsamen Monitoring-Gruppe sind dabei verpflichtet, über ihre Tätigkeit in den Ausschüssen und die dabei erlangten Informationen Stillschweigen zu bewahren und sich ggf. für befangen zu erklären, falls sie an dem beanstandeten Verhalten beteiligt waren oder dem betroffenen Verband angehören. Sachverhalte, die die Neutralität oder die Unabhängigkeit des Mitgliedes im Ausschuss gefährden könnten, sind gegenüber den übrigen Ausschuss-Mitgliedern offen zu legen.

Die Mitglieder der Ausschüsse BAG SELBSTHILFE und FORUM im PARITÄTISCHEN wählen aus ihren Reihen jeweils eine/n Vorsitzende/n und einen Stellvertreter für jeweils zwei Jahre; der Vorsitz für den Gemeinsamen Monitoring-Ausschuss wird im Wechsel von einem Jahr durch den Vorsitzenden der Ausschüsse ausgeübt.

Die Monitoring-Ausschüsse der BAG SELBSTHILFE sowie des FORUM im PARITÄTISCHEN bestehen aus 9 bzw. 8 stimmberechtigten Mitgliedern. Jeweils 6 Mitglieder der BAG Selbsthilfe und des FORUM im PARITÄTISCHEN sind hauptamtlich für eine Selbsthilfeorganisation oder die Dachverbände tätig, 3 bzw. 2 Mitglieder sind ehrenamtliche Vorstandsmitglieder von Selbsthilfeorganisationen oder deren Dachverbände. In vier Fällen sind Mitglieder in beiden Monitoring-Ausschüssen vertreten. Der Gemeinsame Ausschuss besteht damit bislang aus insgesamt 13 stimmberechtigten Mitgliedern, welche sich aus den Mitgliedern der einzelnen Ausschüsse zusammensetzen. Zum Zwecke der Geschäftsführung nehmen weitere Mitarbeiter der beteiligten Verbände stimmrechtslos an den Sitzungen teil. Sitzungen werden für die einzelnen Ausschüsse der BAG Selbsthilfe und des FORUM im PARITÄTISCHEN jeweils

durch die Geschäftsstellen der Dachverbände vorbereitet. Geschäftsführung und Leitung des Gemeinsamen Ausschusses erfolgt im Wechsel.

Kosten für Sitzungen tragen die Dachverbände, Reisekosten sowie Arbeitszeitkosten der Mitglieder und weiteren Aufwand tragen die Mitgliedsverbände der Mitglieder der Ausschüsse. Die Mitglieder selbst sind ehrenamtlich tätig.

Die Monitoring-Ausschüsse berichten einmal jährlich über den Verlauf und die Ergebnisse des Monitoring-Verfahrens, wobei nach § 7 der Geschäftsordnung des Monitoring-Ausschusses die Vertraulichkeit der Beratungen gewahrt bleiben, als Sachverhalte und Prüfergebnisse nur abstrakt, d. h. nicht auf einzelne Verbände bezogen, darzustellen sind.

Der 4. Jahresbericht bezieht sich auf die Zeit vom 1. 1. 2011 bis 31. 12. 2011. Leitsätze und Geschäftsordnung sind im Internet auf den folgenden Seiten veröffentlicht:

www.bag-selbsthilfe.de
www.selbsthilfe.paritaet.org

Die Leitsätze, die Geschäftsordnung und die Musterverträge wurden im Berichtsjahr aktualisiert und von den zuständigen Gremien im 2. Quartal 2012 in Kraft gesetzt. Der Bericht enthält bereits die aktualisierten Versionen obwohl die aktualisierten Fassungen erst im nächsten Berichtsjahr zu berücksichtigen sind.

Im Folgenden wird die Arbeit der Ausschüsse gemäß § 7 der Geschäftsordnung in anonymisierter Form dargestellt.

II. Jahresbericht des Monitoring-Ausschusses der BAG SELBSTHILFE e.V.

Das Monitoring-Verfahren der BAG SELBSTHILFE bezieht sich auf die BAG SELBSTHILFE und ihre Mitgliedsverbände, einschließlich – soweit rechtlich möglich – deren Untergliederungen sowie den ihnen zuzuordnenden juristischen Personen (z. B. gGmbH). Die Mitgliedsverbände der BAG SELBSTHILFE sind verpflichtet, auch auf rechtlich selbstständige Untergliederungen und sonstige rechtlich oder organisatorisch angegliederte juristische Personen einzuwirken, damit sich auch diese leitsatzgetreu verhalten.

Der Monitoring-Ausschuss der BAG SELBSTHILFE ist im Berichtszeitraum zu 6 Sitzungen zusammengetreten, in 2 Sitzungen ganztägig. Dabei wurden viele Beratungsverfahren nach § 3 der Geschäftsordnung und ein Prüfverfahren nach § 6 der Geschäftsordnung durchgeführt bzw. abgeschlossen.

1. Beratungsverfahren

Im Ausschuss der BAG SELBSTHILFE wurde einerseits über das Vorliegen oder Nichtvorliegen von Leitsatzverstößen befunden. Andererseits wurde an manchen Stellen auch Weiterentwicklungsbedarf bei den Leitsätzen erkannt. In diesen Fällen wurden sog. Empfehlungen ausgesprochen.

Wie bereits dargestellt, können Beratungsverfahren auf verschiedene Art und Weise in Gang gesetzt werden. So kann ein Dritter an den Ausschuss herantreten und ein bestimmtes Verhalten eines Verbandes beanstanden:

a.) Beanstandung

In dem Zeitraum wurde keine Beanstandung geprüft.

b) Initiativprüfungen

Der Ausschuss der BAG SELBSTHILFE führte zahlreiche Initiativprüfungen durch, um Sachverhalte aufzuarbeiten, die in öffentlichen Publikationen und den Veröffentlichungen der Pharmaindustrie benannt worden waren. Nachdem die Ressourcen des Monitoring- Ausschusses begrenzt sind, überprüft der Monitoring grundsätzlich routinemäßig nur Verbände, die nach den Veröffentlichung der Pharmaindustrie Zuwendungen oberhalb einer Grenze von 40.000 € erhalten haben. Soweit jedoch Anhaltspunkte für einen Leitsatzverstoß vorliegen oder ein Verband bekanntermaßen relativ geringe Einnahmen hat, wird auch dieser Verband in die allgemeine Überprüfung einbezogen. Dabei hat der Monitoring- Ausschuss zu den Leitsätzen die Auslegungsmaxime erarbeitet, wonach gemessen am Gesamtheit der Einnahmen ein Sponsoring-Anteil von unter 15 % im Grundsatz unbedenklich ist, ein Sponsoring Anteil von über 40 % im Grundsatz als nicht akzeptabel angesehen wird. In einem Korridor von 15 % bis 40 % wird eine engmaschige Beratung durch den Monitoring-Ausschuss für geboten gehalten. Nachdem bisher diese Auslegungsgrundsätze noch keinen Eingang in die Leitsätze gefunden haben, wurden in den Fällen einer Überschreitung regelmäßig entsprechende Empfehlungen ausgesprochen. Seit 28. 4.

2012 sind diese Grundsätze von der Mitgliederversammlung in die Leitsätze der BAG SELBSTHILFE und des FORUMs im Paritätischen aufgenommen worden.

Die Tatsache, dass diese Fälle überwiegend im Ausschuss der BAG SELBSTHILFE behandelt wurden, hat seinen Grund nicht darin, dass die betreffenden Verbände ausschließlich Mitglieder der BAG SELBSTHILFE waren, bei vielen der Verbände bestand vielmehr eine Doppelmitgliedschaft. Vielmehr wurde die Entscheidung für diese Vorgehensweise im Gemeinsamen Ausschuss früher aus bestimmten arbeitsökonomischen Gründen getroffen, für das Jahr 2010 wurde diese gleichmäßige Verteilung vorgenommen. Nachdem nicht alle Verfahren in kurzer Zeit abgeschlossen werden können, besteht allerdings nach nachfolgendem Bericht nach wie vor ein Ungleichgewicht.

aa.) Zuwendungen von pharmazeutischen Unternehmen

Sachverhalt:

Bereits 2009 war von dem Monitoring-Ausschuss der BAG SELBSTHILFE festgestellt worden, dass ein Verband Zuwendungen von pharmazeutischen Unternehmen in Höhe von über 40 Prozent seines Haushaltvolumens erhalten hatte. Der Ausschuss hatte hier Beratungsbedarf bezüglich der Höhe der Zuwendungen gesehen und Gespräche mit dem Verband über die Gründe für das Überschreiten der Grenze geführt. In diesem Gespräch war deutlich geworden, dass in dem entsprechenden Indikationsbereich noch ein hoher Aufklärungsbedarf bestand und daher die Kooperationen mit Pharmaunternehmen dazu diente, Patienten zu veranlassen, sich mit der Möglichkeit einer Erkrankung auseinander zu setzen. Hier hat der Verband bereits selbst Kontakt mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung aufgenommen, um eine auch öffentliche Finanzierung der Projekte herzustellen. Ferner hat der Verband mitgeteilt, hinsichtlich der Höhe der Zuwendungen Transparenz herzustellen und die entsprechenden Zuwendungen auf der Homepage zu veröffentlichen.

Möglicherweise tangierter Leitsatz:

1c) Allgemeine Grundsätze

„In allen Bereichen der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen muss die Selbsthilfeorganisation die volle Kontrolle über die Inhalte der Arbeit behalten und unabhängig bleiben. Dies gilt sowohl für ideelle als auch für finanzielle Förderung und Kooperationen.“

Votum:

Angesichts der Höhe der Zuwendungen hatte der Ausschuss bereits 2009 entschieden, dass die Höhe der Zuwendungen dem Geist der Leitsätze widerspricht. Der Ausschuss hat daher Beratungsgespräche mit dem Verband geführt, wie und mit welcher Strategie die Zuwendungen der Pharmaindustrie verringert werden können und hält eine Verlagerung des Mittelzuflusses von Pharmazeutischen Unternehmen hin zu anderen Zuwendern seitens der öffentlichen Hand für notwendig. Der Verband sollte nach dem Willen des Monitoring Ausschusses hierzu eine Konzeption erarbeiten, wie dies in den nächsten Jahren umgesetzt werden kann.

Der Verband hat zwischenzeitlich Abhilfe zugesagt und befindet sich derzeit in der Beratung durch die BAG SELBSTHILFE, wie der Anteil der Förderung durch pharmazeutische Unternehmen schrittweise begrenzt und der Anteil der öffentlichen Förderung erhöht werden kann. Der Verband arbeitet insoweit aktiv an der Abhilfe des Verstoßes mit, indem die Finanzierung der Verbandsarbeit – etwa durch Antragsstellung bei Krankenkassen oder der öffentlichen Hand – umgestellt wird.

bb.) Zuwendungen eines pharmazeutischen Unternehmens

Sachverhalt:

Gegenstand eines weiteren Falls waren Zuwendungen in Höhe von rund 60 Prozent der Einnahmen des Verbandes, welche ein Verband von einem pharmazeutischen Unternehmen im Jahr 2010 erhalten hatte; im Vorjahr lagen diese Zuwendungen bei rund 30 Prozent. Bereits nach Feststellung und Entscheidung dieser Zuwendungshöhe von über 30 Prozent war der Verband aufgefordert worden, seine Zuwendungen von pharmazeutischen Unternehmen abzusenken.

Möglicherweise tangierter Leitsatz:

1c) Allgemeine Grundsätze

„In allen Bereichen der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen muss die Selbsthilfeorganisation die volle Kontrolle über die Inhalte der Arbeit behalten und unabhängig bleiben. Dies gilt sowohl für ideelle als auch für finanzielle Förderung und Kooperationen.“

Votum:

Der Monitoring Ausschuss sah in diesem Fall die Unabhängigkeit und Neutralität des Verbandes angesichts der Höhe der Zuwendungen nicht mehr als gegeben an und hat den Verband daher nach der Entscheidung über einen Leitsatzverstoß zur Abhilfe aufgefordert. Der Verband hat mitgeteilt, dass man sich bereits nach der Aufforderung Ende 2009 dafür entschieden habe, die Zuwendungen für das Jahr 2011 auf unter 30.000 € zu begrenzen. Eine – außerhalb des Berichtszeitraums erfolgte - Überprüfung der Veröffentlichung der Zuwendungen der pharmazeutischen Unternehmen für das Jahr 2011 hat ergeben, dass der Verband in diesem Jahr keine relevanten Zuwendungen von diesem oder anderen pharmazeutischen Unternehmen entgegengenommen hat.

cc.) Zuwendungen von pharmazeutischen Unternehmen

Sachverhalt:

Bei der Veröffentlichung der Pharmaindustrie zum Sponsoring eines weiteren Verbandes wurde festgestellt, dass hier in den Jahren Jahre 2008- 2010 dauerhaft ein Zuwendungsanteil von über 40 Prozent vorlag. Mit dem Verband wurde ein Gespräch geführt, in welchem deutlich wurde, dass der Verband viele Projekte fördert, welche traditionell nicht zum unmittelbaren Aufgabenbereich der Selbsthilfe gehören (etwa Projekt im Ausland). Ferner gab es dort offenbar auch Finanzierungen, welche letztlich nicht dem Verband zu Gute kamen, welche aber über den Haushalt des Ver-

bandes abgewickelt wurden, da die eigentlichen Empfänger an der Gründung eines Vereins scheiterten.

Möglicherweise tangierter Leitsatz:

1c) Allgemeine Grundsätze

„In allen Bereichen der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen muss die Selbsthilfeorganisation die volle Kontrolle über die Inhalte der Arbeit behalten und unabhängig bleiben. Dies gilt sowohl für ideelle als auch für finanzielle Förderung und Kooperationen.“

Votum:

Der Ausschuss hat entschieden, dass die dauerhafte Überschreitung der Leitsätze einen Leitsatzverstoß darstellt. Dem Verband wurde dies mitgeteilt; er wurde zur Abhilfe aufgefordert. Die Antwort steht noch aus.

dd.) Zuwendungen von pharmazeutischen Unternehmen

Sachverhalt:

In einem weiteren Sachverhalt hatte ein Verband Zuwendungen von pharmazeutischen Unternehmen oberhalb einer Grenze von 40.000 € erhalten. Diese machten jedoch nur 10 Prozent der Einnahmen aus.

Möglicherweise tangierter Leitsatz:

1c) Allgemeine Grundsätze

„In allen Bereichen der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen muss die Selbsthilfeorganisation die volle Kontrolle über die Inhalte der Arbeit behalten und unabhängig bleiben. Dies gilt sowohl für ideelle als auch für finanzielle Förderung und Kooperationen.“

Votum:

Da die Gesamthöhe der Zuwendungen unterhalb der Grenze von 15 Prozent des Haushaltes lag, hat der Ausschuss entschieden, dass insoweit kein Leitsatzverstoß vorliegt.

ee.) Zuwendungen von pharmazeutischen Unternehmen

Sachverhalt:

In einem weiteren Fall hatte ein Verband Zuwendungen von pharmazeutischen Unternehmen oberhalb einer Grenze von 40.000 € erhalten. Der Anteil an den Einnahmen lag bei unter 15 Prozent.

Möglicherweise tangierter Leitsatz:

1c) Allgemeine Grundsätze

„In allen Bereichen der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen muss die Selbsthilfeorganisation die volle Kontrolle über die Inhalte der Arbeit behalten und unabhängig bleiben. Dies gilt sowohl für ideelle als auch für finanzielle Förderung und Kooperationen.“

Votum:

Da die Gesamthöhe der Zuwendungen unterhalb der Grenze von 15 Prozent des Haushaltes lag, hat der Ausschuss entschieden, dass insoweit kein Leitsatzverstoß vorliegt.

ff.) Zuwendungen von pharmazeutischen Unternehmen

Sachverhalt:

Bei der Veröffentlichung der Pharmaindustrie zum Sponsoring eines weiteren Verbandes wurde festgestellt, dass im Jahre 2009 ein Wert zwischen 30 und 40 Prozent, im Jahr 2010 ein Wert von knapp über 40 Prozent der Zuwendungen am Gesamthaushalt von pharmazeutischen Unternehmen erreicht wurde.

Möglicherweise tangierter Leitsatz:

1c) Allgemeine Grundsätze

„In allen Bereichen der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen muss die Selbsthilfeorganisation die volle Kontrolle über die Inhalte der Arbeit behalten und unabhängig bleiben. Dies gilt sowohl für ideelle als auch für finanzielle Förderung und Kooperationen.“

Votum:

Der Ausschuss hat beschlossen, dass aufgrund der Überschreitung der 40 Prozent Grenze ein Gespräch mit dem Verband geführt werden soll, das nicht mehr im Berichtszeitraum liegt.

gg.) Zuwendungen von pharmazeutischen Unternehmen

Sachverhalt:

In einem weiteren Sachverhalt hatte ein Verband Zuwendungen von pharmazeutischen Unternehmen oberhalb einer Grenze von 40.000 € erhalten. Diese machten knapp über 15 Prozent der Einnahmen aus.

Möglicherweise tangierter Leitsatz:

1c) Allgemeine Grundsätze

„In allen Bereichen der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen muss die Selbsthilfeorganisation die volle Kontrolle über die Inhalte der Arbeit behalten und unabhängig bleiben. Dies gilt sowohl für ideelle als auch für finanzielle Förderung und Kooperationen.“

Votum:

Dem Verband wurde empfohlen, die Zuwendungen auf unter 15 Prozent abzusenkten.

hh. Weitere Initiativprüfungen

Weitere Initiativprüfungen wurden außerhalb des Berichtszeitraums abgeschlossen oder befinden sich derzeit noch in der Bearbeitung.

2.) Prüfbitten der Mitgliedsverbände

In einigen Fällen beruhten die Verfahren auch auf Prüfbitten der Mitgliedsverbände:

aa.) Anfrage wegen des Betriebes eines Hilfsmittelvertriebes durch einen Verband

Sachverhalt:

In einem der entschiedenen Prüfbitten ging es im Wesentlichen um die Frage, ob und in welchem Umfang ein Verband einen Hilfsmittelbetrieb betreiben darf. Ferner war dieser Hilfsmittelbetrieb als Teil einer Unternehmensgruppe auf eine Homepage aufgeführt, eine tatsächliche Beteiligung bestand nicht.

Möglicherweise tangierte Leitsätze:

1a) Allgemeine Grundsätze

„Die Selbsthilfe richtet ihre Arbeit ausschließlich an den Interessen und Bedürfnissen chronisch kranker oder behinderter Menschen aus.“

1c) Allgemeine Grundsätze

„In allen Bereichen der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen muss die Selbsthilfeorganisation die volle Kontrolle über die Inhalte der Arbeit behalten und unabhängig bleiben. Dies gilt sowohl für ideelle als auch für finanzielle Förderung und Kooperationen.“

Votum:

Der Ausschuss hat entschieden, dass in beiden Fragen ein Leitsatzverstoß zu sehen ist:

Die Satzung des Landesverbandes enthielt keine Klausel, welche die Tätigkeit des Hilfsmittelbetriebs als Teil der verbandlichen Aufgaben regelt. Aus Sicht des Ausschusses gefährdet damit diese Praxis die Gemeinnützigkeit des Verbandes; daher

sieht der Monitoring Ausschuss in dieser Frage einen Leitsatzverstoß gegen Art. 1b der Leitsätze, wonach Selbsthilfeorganisationen keine Zusammenarbeit akzeptieren dürfen, die die Gemeinnützigkeit des Verbandes gefährdet. Es wurde dem Verband angeraten, ggf. vereinsrechtliche Beratung in Anspruch zu nehmen.

Auch das Auftreten auf der Homepage einer Unternehmensgruppe ist nach Auffassung des Ausschusses nicht leitsatzkonform: Nach den Leitsätzen haben sich die Selbsthilfeorganisationen in ihrer Arbeit ausschließlich an den Bedürfnissen chronisch kranker und behinderter Menschen auszurichten; demgegenüber sind Wirtschaftsunternehmen regelmäßig auf Gewinnerzielung ausgerichtet und ihren Anteilseignern verpflichtet. Die gesellschaftsrechtliche Beteiligung und/oder der Anschein einer solchen Beteiligung an einem Wirtschaftsunternehmen können für Dritte den Eindruck erwecken, als ob die entsprechende Selbsthilfeorganisation bzw. das von ihr betriebene Unternehmen ihre/seine Arbeit nicht mehr ausschließlich an ihren satzungsmäßigen Zwecken ausrichtet.

Zudem sieht der Ausschuss einen Konflikt mit dem Leitsatz § 1c.), nach dem die Selbsthilfeorganisation in allen Bereichen der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen die Selbsthilfeorganisation die volle Kontrolle über die Inhalte der Arbeit behalten und unabhängig bleiben muss. Auch insoweit kann durch die Gestaltung der Website der Eindruck entstehen, als ob der Hilfsmittelbetrieb seine Arbeit nur in Absprache mit anderen Partnern der Gruppe gestaltet und eine allgemeine Kontrolle der Arbeit durch eine übergeordnete Unternehmensgruppe stattfände. Auch aus diesem Grund ist der Ausschuss der Auffassung, dass die Ausgestaltung der Website nicht mehr im Einklang mit den Leitsätzen der BAG SELBSTHILFE steht.

bb.

bb.) Anfrage wegen des Betriebens einer Tombola

Sachverhalt:

Eine weitere Prüfbitte befasste sich mit der Frage, inwieweit bei einer Tombola Sachgeschenke von pharmazeutischen Unternehmen verlost werden dürfen. Verlost wurde ein Hygieneprodukt, welches kein Medizinprodukt war.

Möglicherweise tangierte Leitsätze:

2a) Information und inhaltliche Neutralität

„ Die Selbsthilfeorganisationen informieren über Angebote, beteiligen sich aber nicht an der Werbung.“

Votum:

Der Ausschuss hat entschieden, dass die Verlosung von Produkten als Beteiligung an Werbung im Sinne der Leitsätze zu sehen ist, da hier – über das Produkt – ein Bezug zu dem Absatzinteresse des pharmazeutischen Unternehmens hergestellt wird. Dem Verband wurde empfohlen, diese Praxis umzustellen.

cc. Weitere Prüfbitten

Weitere Prüfbitten der Verbände sind derzeit noch in Bearbeitung.

2.Prüfverfahren nach § 6 Geschäftsordnung

Der Ausschuss der BAG SELBSTHILFE hat ein Prüfverfahren nach § 6 Geschäftsordnung begonnen, dieses befindet sich jedoch derzeit noch in der Bearbeitung.

III. Jahresbericht des Monitoring-Ausschusses FORUM im PARITÄTISCHEN Gesamtverband e.V.

Monitoring-Verfahren beziehen sich auf alle Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN, die dem FORUM chronisch kranker und behinderter Menschen im PARITÄTISCHEN Gesamtverband e.V. beigetreten sind und sich somit den „Leitsätzen für die Zusammenarbeit mit Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Organisationen und Wirtschaftsunternehmen insbesondere im Gesundheitswesen“ verpflichtet haben. Dies schließt auch – soweit rechtlich möglich – deren Untergliederungen sowie die ihnen zuzuordnenden juristischen Personen (z. B. gGmbH, Stiftungen) mit ein. Die Verbände des FORUM im PARITÄTISCHEN sind verpflichtet, auch auf deren rechtlich selbstständige Untergliederungen und sonstigen rechtlich oder organisatorisch angegliederten juristischen Personen einzuwirken, weil auch diese den Leitsätzen verpflichtet sind.

Der Monitoring-Ausschuss des FORUM im PARITÄTISCHEN ist im Berichtszeitraum zu drei Sitzungen zusammengetreten. Im Berichtsjahr wurden Beratungsverfahren nach § 3 der Geschäftsordnung und ein Prüfverfahren nach § 6 der Geschäftsordnung durchgeführt bzw. abgeschlossen. Außerdem hat sich der Ausschuss mit zwei Schwerpunktthemen auseinandergesetzt.

1. Beratungsverfahren nach § 3 der Geschäftsordnung

a.) Beanstandung

Im Berichtszeitraum wurde keine Beanstandung gemeldet, so dass diesbezüglich keine Prüfungsaktivitäten notwendig waren.

b) Prüfbitte eines Verbandes

Einzelzuwendung, die den gesamten Jahreshaushalt eines Verbandes bei Weitem übertrifft

Sachverhalt:

Ein Verband kann zukünftig eine Förderung durch eine gemeinnützige GmbH erhalten, die jährlich anderthalbfach so hoch ist, wie sein gesamter Jahreshaushalt.

Möglicherweise tangierter Leitsatz:

1c) Allgemeine Grundsätze

„In allen Bereichen der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen muss die Selbsthilfeorganisation die volle Kontrolle über die Inhalte der Arbeit behalten und unabhängig bleiben. Dies gilt sowohl für ideelle als auch für finanzielle Förderung und Kooperationen.“

Votum:

Der Monitoring-Ausschuss FORUM stellt fest, dass das Verhältnis der Förderung zum Verhältnis des bisherigen Haushaltsvolumens außergewöhnlich ist. Dem Aus-

schluss liegen die Satzung und die Haushaltsplanung des Verbandes sowie der Gesellschaftervertrag und die Fördervereinbarung zur Prüfung vor. Da der Zuwendungsgeber eine neutrale und gemeinnützige GmbH ist, deren Zweck solche Formen der Förderung sind, sieht der Ausschuss keine Bedenken, die Förderung anzunehmen. Auch der Fördervertrag wahrt die Unabhängigkeit des Verbandes in allen Punkten.

2. Prüfverfahren nach § 6 der Geschäftsordnung

Die in 2010 beschlossene Prüfung eines Verbandes konnte im 1. Quartal 2011 durchgeführt und abgeschlossen werden. In diesem Fall wurden die Aktivitäten eines Verbandes einer Gesamtprüfung in dessen Geschäftsstelle vor Ort durch zwei Mitglieder des Monitoring-Ausschusses FORUM unterzogen.

Zur Prüfung wurden die kompletten Unterlagen der Buchhaltung sowie alle Sponsoring-Verträge zur Verfügung gestellt. Werbung in der Mitgliederzeitschrift war als solche gekennzeichnet und alle Inserate wurden grundsätzlich mit dem Verband abgesprochen. Alle so genannten „aktiven Links“ auf der Internetseite des Verbandes sind über den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb ordnungsgemäß versteuert worden. Die Prüfenden fanden keine Anhaltspunkte für Leitsatzverstöße. Das Verhalten des Verbandes wurde zusammenfassend als ein Musterbeispiel für eine gute Umsetzung der Leitlinien bezeichnet.

3. Themenschwerpunkte

3.1 Mittelakquise über so genannte „Fundraising- / Partnerprogramme“ von (nicht-) kommerziellen Anbietern im Internet

Der Monitoring-Ausschuss FORUM diskutierte über die verschiedenen so genannten „Partnerprogramme“ bei denen kommerzielle Anbieter im Internet beispielsweise für jeden Umsatz durch einen Kunden eine bestimmte Summe als Spende an einen Verband auskehren. Als Beispiele wurden die verschiedenen Modelle von „Bildungsspenden“, „Flutter“, einer Bank, einer Fluggesellschaft sowie von Kreditkartengesellschaften (shop to support) betrachtet.

Nach eingehender Diskussion stellt der Ausschuss fest, dass aufgrund der sehr stark divergierenden Möglichkeiten einer entsprechenden Mittelakquise über Partnerprogramme kein eindeutiges Votum gefasst werden könne. Es gelte im Einzelfall zu beachten und zu prüfen, dass

- keine aktiven Links von der Internetseite der Organisation geschaltet werden. Der Zugang sollte über andere Möglichkeiten der Kommunikation organisiert werden.
- der Datenschutz beachtet wird und Unternehmen Daten von Teilnehmenden nicht für weitere, eigene Zwecke nutzen dürfen.
- Beispielsweise, dass bei Heilmitteln keine direkte Verbindung zu den (Patienten-) Daten bestehen darf.
- möglichst auf eine „Tunnelung“ des Teilnehmenden zum Verkaufsportale verzichtet wird. Nur so ist es zu verhindern, dass Teilnehmenden sich mit persönlichen Daten im Portal anmelden müssen. Vorteilhafter wären vor diesem Hintergrund Spendenportale, da diese Portale Teilnehmende und deren Spendenziele nicht mit den Daten eines Verkaufsportals verknüpfen.

3.2 Bundesverband Medizintechnologie (BVMed): Leitfaden zu Patienteninformationen und der Zusammenarbeit mit Patientenorganisationen; Kodex Medizinprodukte; Sponsor- und Werbevertrag

Der Monitoring-Ausschuss FORUM stellt fest, dass der BVMed häufig Agenturen beauftragt, um direkt oder indirekt Werbung für Produkte seiner Mitgliedsorganisationen zu platzieren. Besonders negativ ist beispielsweise, das Aktionsbündnis „meine Wahl“ aufgefallen, welches Selbsthilfeorganisationen im Bereich der Hilfsmittelversorgung instrumentalisierte.

Auch die vom BVMed und einem Zusammenschluss von Hilfsmittelunternehmen initiierte „Aktion Meditech – Besser leben durch Medizintechnologie“ wird vom Monitoring-Ausschuss kritisch bewertet.

Der Ausschuss setzt sich mit den Unterlagen des BVMed auseinander und stellt fest, dass diese in der vorliegenden Form nicht zu akzeptieren sind. Er wird sich auch in 2012 weiter mit dem Sachverhalt auseinandersetzen und nach Beratung im Gemeinsamen Monitoring-Ausschuss das Gespräch mit dem BVMed suchen.

IV. Tätigkeit des Gemeinsamen Monitoring-Ausschusses BAG SELBSTHILFE und FORUM im PARITÄTISCHEN

Im Gemeinsamen Ausschuss werden die jeweiligen Fälle aus den Ausschüssen anonymisiert diskutiert, um eine einheitliche Praxis der Ausschüsse zu garantieren. Da sich der Gemeinsame Ausschuss nach der Geschäftsordnung weniger mit konkreten Fällen als vielmehr mit übergreifenden Aufgaben zu beschäftigen hat, stand im Jahr 2011, auf Grund der bisher gesammelten Erfahrungen, die Weiterentwicklung der Leitsätze und der Geschäftsordnung des Monitoring-Verfahrens im Vordergrund. Details sind dem Kapitel V. zu entnehmen. Des Weiteren widmete sich der Gemeinsame Ausschuss im Berichtsjahr den folgenden Themen:

1. Erarbeitung von Mustern und Arbeitshilfen für die Verbände

Um den Verbänden für den Umgang mit den Leitlinien Hilfen an die Hand zu geben, hat der Gemeinsame Monitoring-Ausschuss Vorlagen erarbeitet, die der Anlage 1 bis 10 zu entnehmen sind.

Die Vorlagen stehen auch unter

- www.bag-selbsthilfe.de oder
- www.selbsthilfe.paritaet.org

im Internet für jedermann zu Verfügung.

2. Veröffentlichungen der pharmazeutischen Industrie

Seit den ersten Veröffentlichungen der pharmazeutischen Industrie zum 31.03.2009 hat der Gemeinsame Monitoring Ausschuss diese kontinuierlich und systematisch analysiert. Soweit Verbände insgesamt im Kalenderjahr Zuwendungen oberhalb einer Grenze von 40.000 € von der pharmazeutischen Industrie erhielten, wurden Initiativprüfungen eingeleitet. In diesen Fällen wurden betroffene Verbände durch den zuständigen Monitoring-Ausschuss der BAG SELBSTHILFE oder des FORUM im PARITÄTISCHEN um Stellungnahme und um weitere Auskünfte gebeten. Es wurden im Rahmen dieser Prüfung auch Verbandsvertreter zum Gespräch eingeladen.

Da viele Verbände sowohl Mitglied in der BAG SELBSTHILFE als auch im FORUM im PARITÄTISCHEN sind, wurde im Gemeinsamen Monitoring-Ausschuss geklärt, welcher Ausschuss für die jeweilige Initiativprüfung zuständig ist. Durch diesen Ausschuss wurden dann die entsprechenden Initiativprüfungen durchgeführt. Diese gelebte Praxis führte nun zu einer Anpassung der Leitsätze (siehe Kapitel V.).

3. Vorbereitung von Informationsmaterialien/ Pressemeldung

Parallel zur Veröffentlichung der Jahresberichte wurden Unterlagen, für die Darstellung der Arbeitsweise der Monitoring-Ausschüsse und der Abläufe von Verfahren

publiziert. Diese Informationen sollen den Verbände helfen, die Leitsätze umzusetzen. Eine Pressemeldung und der Informationsflyer zum Monitoring-Verfahren sind als Anlage 6 und 7 beigelegt. Diese Informationen stehen auch im Internet zur Verfügung, können aber auch in Papierversionen sowohl von der BAG SELBSTHILFE als auch dem FORUM im PARITÄTISCHEN angefordert werden.

Derzeit ist eine Broschüre zum Monitoring-Verfahren in Vorbereitung, die Verbänden und Interessierten zur Verfügung gestellt werden wird.

4. Diskussion mit dem Freiwillige Selbstkontrolle Arzneimittelindustrie e.V.(FSA) / AKG über die Angleichung der Kodizes bzw. die Erarbeitung von Musterverträgen sowie die Veröffentlichung von Zuwendungen

Nachdem der FSA bzw. der AKG unterschiedliche Kodizes für die pharmazeutische Industrie entwickelt haben, die sehr stark an die Leitlinien der Selbsthilfe angelehnt sind, wird vom Gemeinsamen Ausschuss die Notwendigkeit gesehen, die Unterschiede anzugleichen. Damit werden praktische Probleme und unterschiedliche Interpretationen im Umgang mit den Leitlinien/Kodizes vermieden. Aus diesem Grund wurden Gespräche mit dem FSA/AKG geführt, die zwischenzeitlich auch zu einer Auslegungshilfe des FSA-Kodex geführt haben.

Besonders wichtig war aus Sicht des Gemeinsamen Monitoring-Ausschusses auch die Erarbeitung von Musterverträgen. Da Selbsthilfeorganisationen im Gegensatz zu pharmazeutischen Unternehmen regelmäßig nicht über Rechtsabteilungen verfügen, können sie regelmäßig nicht abschätzen, ob die Klauseln, rechtliche Nachteile etwa in steuerrechtlicher Hinsicht, schaffen können. Aus diesem Grund wurden mit dem FSA Gespräche geführt, damit Musterverträge entwickelt werden. Der FSA empfiehlt seinen Verbänden seit dem Jahr 2011 zur Vermeidung von strafrechtlichen Risiken, z.B. eine Dienstherrnregelung mit angestellten Ärzten zu vereinbaren. Der Gemeinsame Monitoring Ausschuss problematisiert solche Dienstherrnregelungen, da diese in Persönlichkeitsrechte der Akteure eingreifen. In vielen Fällen wissen die Dienstherrn nichts von dem ehrenamtlichen Engagement ihrer Mitarbeiter. Mitarbeiter verschweigen ihr Engagement oft, um ggf. nicht mit einer Aussage über ihre Erkrankung in Verbindung gebracht zu werden. Der Ausschuss ist der Auffassung, dass eine mittelbare Verpflichtung zur Offenlegung der Krankheit im Sponsoring-Vertrag ein Verstoß gegen grund-, datenschutz- und arbeitsrechtliche Grundsätze darstellt. Des Weiteren enthalten Verträge von Unternehmen auch häufiger die Klauseln der amerikanischen Korruptionsrichtlinie. Vor diesem Hintergrund wird die Erarbeitung und der Einsatz gemeinsamer Mustervertrages erschwert. Aus diesem Grund hat der Gemeinsame Monitoring-Ausschuss eigene Musterverträge erarbeitet und aktualisiert (siehe Anlage 10).

Der Gemeinsame Ausschuss diskutierte auch, dass trotz gesetzlicher Verpflichtung pharmazeutische Unternehmen ihre Zuwendungen immer noch nicht veröffentlichen. Es bestehen immer noch Differenzen zwischen den Veröffentlichungen der Zuwendungen durch die Industrie und den real ausgekehrten Summen. Für Differenzen durch „falsche Buchungen“ müssen sich aber Selbsthilfeverbände regelmäßig rechtfertigen, obwohl Angaben auf deren Internetseiten oder in Jahresberichten korrekt sind. Hinweise auf fehlerhafte Veröffentlichungen führen nur in seltenen Fällen zu einer Korrektur.

V. Weiterentwicklungsbedarf bei den Leitsätzen

Der Gemeinsame Monitoring Ausschuss von BAG SELBSTHILFE und FORUM im PARITÄTISCHEN hat bei einigen Themen Weiterentwicklungsbedarf bei den Leitsätzen und der Geschäftsordnung des Monitoring-Verfahrens festgestellt.

Diese wurden im Berichtsjahr konkretisiert, ausformuliert und im April 2012 den entsprechenden Gremien zur Abstimmung zugeleitet. Der Bericht enthält die aktualisierte Fassung, wenn sie erst im nächsten Berichtsjahr zu berücksichtigen und für die Verbände bereits für das laufende Jahr 2012 von Bedeutung sind.

a.) Änderung Leitsätze

Neuer Leitsatz 2: Prozentuale Grenzen von Zuwendungen

Die Selbsthilfeorganisation trägt Sorge dafür, dass ihre Neutralität und Unabhängigkeit durch finanzielle Zuwendungen der pharmazeutischen Industrie, von Herstellern medizinischer Geräte oder Hilfsmitteln oder von anderen Wirtschaftsunternehmen¹ nicht gefährdet ist. Es gelten folgende Grundsätze:

- Liegt der Anteil der finanziellen Mittel aus der pharmazeutischen Industrie, von Herstellern von medizinischen Geräten oder Hilfsmitteln oder von anderen Wirtschaftsunternehmen bei insgesamt über 40 % der gesamten Einnahmen der Selbsthilfeorganisation, so ist die Neutralität und Unabhängigkeit der Selbsthilfeorganisation nicht mehr gewährleistet.
- Der zuständige Monitoring-Ausschuss fordert nach Feststellung der Überschreitung des Grenzwerts die betreffende Selbsthilfeorganisation auf darzulegen, auf welche Weise der Zuwendungsanteil innerhalb eines Jahres auf unter 40 % reduziert werden kann. Der Ausschuss überprüft, ob dieser Vorschlag tragfähig ist. Ist dies der Fall, dann wird zwischen dem Ausschuss und der Selbsthilfeorganisation eine verbindliche Zielvereinbarung geschlossen.
- Liegt der Anteil der finanziellen Mittel aus der pharmazeutischen Industrie, von Herstellern von medizinischen Geräten oder Hilfsmitteln oder von anderen Wirtschaftsunternehmen insgesamt unter 15 % der Einnahmen der Selbsthilfeorganisation, so stellen diese Zuwendungen keine Gefährdung der Neutralität und Unabhängigkeit dar.
- Liegt der Anteil der finanziellen Mittel aus der pharmazeutischen Industrie, von Herstellern von medizinischen Geräten oder Hilfsmitteln oder von anderen Wirtschaftsunternehmen zwischen 15 % und 40 % der Einnahmen der Selbsthilfeorganisation, so ist im Einzelfall anhand einer Gesamtschau von den Monitoring-Ausschüssen zu prüfen, ob die Neutralität und Unabhängigkeit der Selbsthilfeorganisation gefährdet ist. In diesem Fall ist die betreffende Selbsthilfeorganisation verpflichtet, dem zuständigen Monitoring Ausschuss zeitnah eine Mitteilung über die Hintergründe der Überschreitung der Grenze von 15 % zu übermitteln. Es erfolgt eine Beratung, die in eine Zielvereinbarung einmündet, um langfristig zu einer Reduzierung des Anteils auf unter 15 % zu kommen.

¹ Zuwendungen von Krankenkassen werden nicht in die Berechnung i. S.d. Art. 2 S. 2 ff. der Leitsätze einbezogen.

b.) Änderung Monitoring-Geschäftsordnung

§ 1 Aufgaben und Gremien

Absatz 3

Die Mitglieder der Ausschüsse „FORUM“ und „BAG SELBSTHILFE“ werden vom Sprecher des FORUMS im PARITÄTISCHEN bzw. vom Vorstand der BAG SELBSTHILFE nach einem entsprechenden Beschluss der jeweiligen Mitgliedsverbände im FORUM im PARITÄTISCHEN bzw. der Mitgliederversammlung der BAG SELBSTHILFE berufen. Beide Ausschüsse haben jeweils bis zu 9 Mitglieder. Doppelmitgliedschaften in beiden Ausschüssen sind möglich, führen in der (Gesamt)-Monitoring-Gruppe aber nicht zur Stimmenverdoppelung. Die Amtsperiode für die Ausschussmitglieder dauert vier Jahre und entspricht grundsätzlich der Wahlperiode des Vorstands der BAG SELBSTHILFE bzw. des Sprechers des FORUMS im PARITÄTISCHEN.

§ 4 Ablauf des Beratungsverfahrens

Absatz 4

Sollte in der Sitzung nach Absatz 3 kein Verstoß festgestellt werden, dann ist der Beanstandende hierüber innerhalb eines Monats in schriftlicher Form zu unterrichten. Auch der Verband, dessen Verhalten beanstandet worden war, ist in gleicher Frist in schriftlicher Form zu unterrichten. Sollte in der Sitzung nach Abs. 3 ein Verstoß festgestellt werden, dann ist dies dem betreffenden Mitgliedsverband im Wege eines Beratungsschreibens mitzuteilen mit der Nachfrage, ob an dem beanstandeten Vorgehen dort festgehalten wird. Hierfür ist eine Antwort innerhalb eines Monats erforderlich. Sollte in der Sitzung nach Absatz 3 festgestellt werden, dass eine weitere Sachverhaltsaufklärung erforderlich ist, dann sind der Beanstandende und der betroffene Verband unverzüglich aufzufordern, weitere Sachauskünfte zu erteilen. Es besteht eine umfassende Auskunftspflicht des betroffenen Verbandes. Für die Überprüfung notwendige Unterlagen sind umgehend beizubringen. Um dieser Auskunftspflicht nachzukommen, ist dem Verband eine Antwortfrist von einem Monat zu gewähren.

Bei Vorliegen eines sachlichen Grundes kann Fristverlängerung gewährt werden.

Verweigert ein Verband trotz zweifacher schriftlicher Aufforderung mit Fristsetzung die Mitwirkung an der Sachverhaltsaufklärung oder bringt trotz zweifacher schriftlicher Aufforderung mit Fristsetzung keine oder unzureichende Unterlagen zur bei, so ist der zuständige Ausschuss berechtigt, die mangelnde Kooperationsbereitschaft des Verbandes auf der jeweiligen Homepage der BAG SELBSTHILFE oder des FORUMS im PARITÄTISCHEN zu veröffentlichen. Die Teilnahme an einem Gespräch zur Sachverhaltsaufklärung nach § 4 Abs. 5 S.2 GO gilt dann als Mitwirkung an der Sachverhaltsaufklärung, wenn gleichzeitig die fehlenden Unterlagen eingereicht werden.

Absatz 7

Kann in dem Beratungsgespräch nach Absatz 5 keine Absprache im Sinne von Absatz 6 Satz 1 getroffen werden oder erscheint gar kein Vertreter des eingeladenen Verbandes, dann berät der Ausschuss über mögliche Sanktionen, wie beispielsweise die Veröffentlichung des den Verstoß betreffenden Beschlusses der Monitoring-Gruppe auf den Internetseiten des jeweiligen Dachverbandes oder in besonders

schwerwiegenden Fällen auch der Empfehlung zum satzungsgemäßen Ausschluss des Verbandes aus dem jeweiligen Dachverband. Eine Veröffentlichung des den Verstoß betreffenden Beschlusses der Monitoring-Gruppe auf den Internetseiten des jeweiligen Dachverbandes ist auch möglich, wenn der betroffene Verband zwischenzeitlich durch Kündigung der Mitgliedschaft oder Auflösung aus dem jeweiligen Dachverband ausgeschieden ist.

Verweigert ein Verband den Abschluss einer Zielvereinbarung zur Reduzierung des Zuwendungsanteils gemessen am Gesamthaushalt des Verbandes auf unter 40 % oder reagiert auf eine zweifache schriftliche Aufforderung mit Fristsetzung und Einladung zum Beratungsgespräch nicht, dann ist der zuständige Ausschuss berechtigt, die mangelnde Kooperationsbereitschaft des Verbandes und die Überziehung der 40 %-Grenze auf der jeweiligen Homepage der BAG SELBSTHILFE oder des FORUMS im PARITÄTISCHEN zu veröffentlichen.

Die Fristsetzungen nach § 4 Abs. 7 S. 3 müssen angemessen sein, d. h. sie dürfen nicht kürzer als drei Wochen sein. Bei Vorliegen eines sachlichen Grundes kann Fristverlängerung gewährt werden.

Die Änderungen wurden sowohl durch das 42. FORUM chronisch kranker und behinderter Menschen im PARITÄTISCHEN Gesamtverband e.V. am 25.04.2012 und die Mitgliederversammlung der BAG SELBSTHILFE am 28.04.2012 verabschiedet.

Über die Weitergabe von Rabatten von Leistungserbringern (etwa Hilfsmittelherstellern oder Versandapotheken) an Mitglieder sowie die Schaltung von so genannten „aktiven Links“ auf den Internetseiten der Verbände besteht weiterer Diskussions- und Beratungsbedarf.

VI. Anlage

1. Muster zur Selbstauskunft über die Einnahmen von Wirtschaftsunternehmen aus dem Gesundheitswesen
2. Aktualisierte Arbeitshilfe
3. Muster für die persönliche Erklärung eines Mitglieds des wissenschaftlichen Beirats
4. Muster für die persönliche Erklärung eines Mitglied des Vorstandes
5. Muster für die persönliche Erklärung eines hauptamtlichen Mitarbeiters
6. Presseveröffentlichung zum Gemeinsamen Monitoring-Verfahren
7. Informationsflyer zum Monitoring-Verfahren
8. Aktualisierte Leitsätze i. d. F. v. 28.04.2012
9. Aktualisierte Geschäftsordnung i. d. F. v. 28.04.2012
10. Musterverträge i. d. F. 30.06.2012

1. Muster zur Selbstauskunft über die Einnahmen von Wirtschaftsunternehmen aus dem Gesundheitswesen



Forum chronisch kranker und
behinderter Menschen

Monitoring-Gruppe

zur Anwendung der

„Leitsätze der Selbsthilfe für die Zusammenarbeit mit Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Organisationen und Wirtschaftsunternehmen, insbesondere im Gesundheitswesen“ von BAG SELBSTHILFE und FORUM im PARITÄTISCHEN

Muster zur Selbstauskunft über die Einnahmen von Wirtschaftsunternehmen aus dem Gesundheitswesen²

Name des Verbandes:	
Berichtsjahr:	
Zahl der Mitglieder zum 31.12. des Berichtsjahres	

<input type="checkbox"/>	Folgende mit uns verbundene Organisationen und Organisationseinheiten ³ werden in diesem Bericht mitberücksichtigt: _____ _____
<input type="checkbox"/>	Diese Erklärung wird ausschließlich für die oben genannte Organisation abgegeben. Gegebenenfalls werden mit uns verbundene Organisationen und Organisationseinheiten jeweils eigene Berichte abgegeben.

Grundlage der Arbeit von Selbsthilfeorganisationen chronisch kranker und behinderter Menschen ist das ehrenamtliche Engagement der Betroffenen und ihrer Angehörigen. Hierin liegt die Hauptreserve der gemeinsamen Arbeit. Gerade angesichts

² Nicht aufgeführt sind die Einnahmen aus der Selbsthilfeförderung der Krankenkassen nach § 20c SGB V.

³ Grundsätzlich werden rechtlich selbständige Untergliederungen in dieser Auskunft nicht berücksichtigt, es sei denn, sie sind in diesem Feld gesondert ausgewiesen.

stets wachsender Aufgaben und Anfragen an die Selbsthilfe ist es jedoch seit jeher erforderlich, dass Selbsthilfeorganisationen sich Finanzierungsquellen für die eigene Arbeit erschließen. Neben den Mitgliedsbeiträgen und Spenden von Privatpersonen kommt der Förderung der Selbsthilfe durch die öffentliche Hand, durch Sozialversicherungsträger, insbesondere durch die gesetzlichen Krankenkassen, aber auch durch Stiftungen und andere Träger eine große Bedeutung zu.

Auch Zuwendungen über Erbschaften und die Förderung durch die Aktion Mensch sind typische Einnahmequellen von Selbsthilfeorganisationen.

Neben diesen Finanzierungsquellen gehört auch die Unterstützung von Selbsthilfeorganisationen durch Wirtschaftsunternehmen im Gesundheitswesen zu den Finanzquellen vieler Selbsthilfeorganisationen. Mit der nachfolgenden Selbstauskunft möchten wir hinsichtlich dieser Finanzierungsquellen Transparenz schaffen. Wir weisen jedoch vorab darauf hin, dass die Gesamtheit der nachfolgend aufgelisteten Zuwendungen% des Gesamthaushaltes unseres Verbandes im Berichtsjahr ausmacht.

Der Verband stellt sicher, dass die unten genannten Einnahmen bzw. ihr Ausbleiben weder den Fortbestand noch den Kernbereich der satzungsgemäßen Arbeit der Selbsthilfeorganisation gefährden können.

1. Spenden und Mitgliedsbeiträge

Folgende Unternehmen haben dem Verband im Berichtsjahr Leistungen in Höhe von X € in Form von Geldbeträgen oder Sachspenden zugewendet; der höchste gespendete Einzelbetrag umfasste die Summe von €. Wie vom Gesetzgeber vorgesehen, sind solche Zuwendungen mit keinerlei Leistungen des Geldempfängers verbunden.

Die Gesamteinnahmen in diesem Bereich betragen im Berichtsjahr.... €.

In machen Selbsthilfeorganisationen ist es nach der Satzung möglich, dass Wirtschaftsunternehmen Mitglieder werden; in unserer Organisation liegt folgende Situation vor:

<input type="checkbox"/>	In unserem Verband gibt es keine Unternehmen und Institutionen aus dem Bereich der Pharmazeutischen Industrie, Hilfsmittelhersteller und Leistungserbringer als Mitglieder
--------------------------	--

<input type="checkbox"/>	Unternehmen und Institutionen aus dem Bereich der Pharmazeutischen Industrie, Hilfsmittelhersteller und Leistungserbringer waren im Berichtsjahr zwar (Förder-)Mitglied im Verband, aber verfügten nach der Satzung nicht über Mitgliederrechte wie z.B. Wahlrechte
--------------------------	---

<input type="checkbox"/>	Unternehmen und Institutionen aus dem Bereich der Pharmazeutischen Industrie, Hilfsmittelhersteller und Leistungserbringer waren im Berichtsjahr Mitglied im Verband und verfügten über Mitgliedsrechte
--------------------------	---

<input type="checkbox"/>	Der Mitgliedsbeitrag für diese Mitglieder betrug einheitlich. ____ €.
--------------------------	---

<input type="checkbox"/>	Der Mitgliedsbeitrag für diese Mitglieder wird individuell festgelegt. Der niedrigste Einzelbeitrag betrug ____ €, der höchste _____ €
--------------------------	--

Folgende Unternehmen aus den Bereichen Pharmazeutische Industrie, Hilfsmittelhersteller und Leistungserbringer waren im Berichtsjahr (Förder-)Mitglieder des Verbandes:

Die Gesamteinnahmen aus (Förder-)Mitgliedschaften betragen im Berichtsjahr.....X.€.

2. Sonstige Erlöse

Wirtschaftliches Handeln des Verbandes kann seinen Ausdruck finden in der Vermögensverwaltung, dem wirtschaftlichen Zweckbetrieb und dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Im Einzelnen war der Verband in folgenden Bereichen tätig:

a. Sponsoring-Verträge

Mit den folgenden Unternehmen wurden Sponsoring- Verträge hinsichtlich der aufgelisteten Projekte geschlossen:

Wie vom Gesetzgeber vorgesehen, werden dem Sponsor als Gegenleistungen ausschließlich Kommunikations- und Duldungsrechte⁴ gewährt. Werbung durch den Verband für den Sponsor und seine Produkte findet nicht statt. Der Verband lässt nicht zu, dass in den verabredeten Projekten für verschreibungspflichtige Produkte geworben wird.

Die Gesamtsumme der Sponsoring-Unterstützung im Berichtsjahr betrug X €.

b. Weitere Einnahmen aus Vermögensverwaltung, wirtschaftlichem Zweckbetrieb und wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb

Der Verband hat im Berichtsjahr

- z.B. Anzeigenflächen im Mitgliederjournal
- z.B. Standflächen auf der Jahrestagung

⁴ Duldungsrechte liegen vor, wenn der geförderte Verein dem Sponsor nur die Nutzung seines Namens zu Werbezwecke in der Weise gestattet, dass der Sponsor selbst zu Werbezwecken oder zur Imagepflege auf seine Leistungen an die Körperschaft hinweist.

verpachtet. Auf die Verträge mit dem Pächter nimmt sie keinen Einfluss. Werbung für verschreibungspflichtige Produkte in ihrer Mitgliederzeitschrift oder an Ständen lässt der Verband gemäß dem Heilmittelwerbegesetz und seinen Selbstverpflichtungen nicht zu.

Weitere Aktivitäten waren:

Die Gesamtsumme der Einnahmen im Berichtsjahr betrug X €.

Wir erklären, in keinerlei Abhängigkeit von Wirtschaftsunternehmen zu stehen.

Unterschriften

2. Aktualisierte Arbeitshilfe



Forum chronisch kranker und
behinderter Menschen

Monitoring-Gruppe

zur Anwendung der

„Leitsätze der Selbsthilfe für die Zusammenarbeit mit Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Organisationen und Wirtschaftsunternehmen, insbesondere im Gesundheitswesen“ von BAG SELBSTHILFE und FORUM im PARITÄTISCHEN

Arbeitshilfe für die Leitsätze der Selbsthilfe für die Zusammen- arbeit mit Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Organisationen und Wirtschaftsunterneh- men, insbesondere im Gesundheitswesen

(Stand:06/11)

(1) Internetauftritte von Selbsthilfeorganisationen

(a) Aktive Links

Selbsthilfeorganisationen, die von ihren eigenen Internetseiten durch aktive Links auf Seiten eines Wirtschaftsunternehmens verweisen und hierfür ein Entgelt erhalten, laufen Gefahr, dass dieses Verhalten von den Finanzbehörden als Werbung eingestuft wird. Unabhängig von der steuerrechtlichen Einordnung entspricht die Setzung aktiver Links auf die Internetseite eines Sponsors grundsätzlich nicht den Leitsätzen.

Zwar hat das Finanzgerichts München in einem Urteil vom 15.05.2006 entschieden, dass ein aktiver Link einer gemeinnützigen Organisation auf die Internetseite eines Sponsors kein wirtschaftlicher Gewerbebetrieb durch Ausübung von „Werbung“ sei. Dieses Urteil wurde inzwischen jedoch vom Bundesfinanzhof aufgehoben (BFH, 7.11.2007, I R 42/06). Der Bundesfinanzhof hat jedoch offengelassen, ob die Schaltung von aktiven Links als Werbung einzustufen. Die Rechtsfrage bleibt daher bisher ohne obergerichtliche Entscheidung.

Allerdings hat die Finanzverwaltung zu dieser Frage klar Stellung bezogen:

Die Finanzverwaltung hat im "Sponsoringerrlass" (BStBl. I 1998, 212)⁵ festgelegt, unter welchen Voraussetzungen die Zahlungen bzw. Leistungen des Sponsors beim Empfänger steuerfrei sind: Danach liegt kein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb vor, wenn der geförderte Verein dem Sponsor nur die Nutzung seines Namens zu Werbezwecken in der Weise gestattet, dass der Sponsor selbst zu Werbezwecken oder zur Imagepflege auf seine Leistungen an die Körperschaft hinweist ("Duldung" von Werbemaßnahmen des Sponsors im Gegensatz zur aktiven Teilnahme daran). Um den Vereinen entgegenzukommen, lässt die Finanzverwaltung auch zu, dass der Verein auf Plakaten, Eintrittskarten, Ausstellungskatalogen usw. auf die Förderung durch den Sponsor hinweist, wobei dieser Hinweis unter Verwendung des Namens, Emblems oder Logos des Sponsors erfolgen darf, solange die Angabe des Sponsors nicht besonders hervorgehoben ist.

Zunächst war unklar, wie diese - ohnehin schon schwammigen - Abgrenzungskriterien auf die Nennung von Sponsoren auf der Vereinshomepage anzuwenden waren. Das bayerische Finanzministerium hat zu dieser Frage dann in einem Erlass Stellung genommen, der von den anderen Bundesländern übernommen worden ist (Erlass v. 11.2.2000, Az. 33 - S 0183 -12/14 - 59238, DStR 2000, 594)⁶: Danach ist die bloße Nennung des Sponsors bzw. die Abbildung seines Logos auf der Vereinshomepage unschädlich, da diese Form des Hinweises auf den Sponsor der nach dem Sponsoringerrlass zulässigen Nennung auf Plakaten usw. vergleichbar ist. Ein steuerpflichtiger wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb soll nach Auffassung der Finanzverwaltung jedoch dann entstehen, wenn "durch einen Link auf das Logo des Sponsors zu den Werbeseiten der sponsernden Firma umgeschaltet" werden könne. Aktive Links sind insoweit als „Werbung“ im steuerrechtlichen Sinne anzusehen.

Für eine steuerrechtliche Definition des Werbebegriffs in den Leitsätzen spricht, dass sich auch nach den außerhalb des Steuerrechts gebräuchlichen Werbebegriffen keine andere Auslegung ergibt: Im allgemeinen Sprachgebrauch wird Werbung im Sinne von Wirtschaftswerbung definiert als „Bekanntmachung von Gütern oder Dienstleistungen mit dem Ziel, sie abzusetzen“. Im Marketing bezeichnet man als Werbung „jede Art der nicht-persönlichen Vorstellung und Förderung von Ideen, Waren oder Dienstleistungen eines eindeutig identifizierten Auftraggebers durch den Einsatz bezahlter Medien“. Die EU-Wettbewerbsrichtlinie 2006/114/EG definiert Werbung wie folgt: „Jede Äußerung bei der Ausübung eines Handels, Gewerbes, Handwerks oder freien Berufs mit dem Ziel, den Absatz von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen, einschließlich unbeweglicher Sachen, Recht und Verpflichtungen zu fördern“ (Art. 2 a).

Subsumiert man die aktiven Links unter diese Definitionen, so muss davon ausgegangen werden, dass die Rechtsprechung die Schaltung von aktiven Links auf die Internet-Seiten eines Wirtschaftsunternehmens in der Zukunft voraussichtlich als Werbung qualifizieren wird. Dies kann jedoch für Selbsthilfeorganisationen u.U. zu erheblichen steuerlichen Konsequenzen führen.

Denn ein gemeinnütziger Verein, der aktive Werbemaßnahmen zugunsten eines Sponsors unternimmt oder bei dessen Werbemaßnahmen mitwirkt, überschreitet die Grenze zum steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb mit der Folge, dass die Körperschaftsteuer- und Gewerbesteuerfreiheit der Vereinseinnahmen zumindest

⁵ <http://www.verbandsbesteuerung.info/sponsoring.htm#VIII>.

⁶ <http://www.verbandsbesteuerung.info/sponsoring.htm#VII>.

teilweise verloren geht, wenn die Einnahmen aus dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb insgesamt Euro 35.000,- übersteigen (§ 64 Abs. 3 Abgabenordnung).

Damit widerspricht das Schalten aktiver Links nicht nur dem in Punkt 2 a Satz 2 enthaltenen Werbeverbot, sondern auch unter Umständen folgendem in Punkt 1 b der Leitsätze formulierten Grundsatz: „Die Selbsthilfeorganisationen akzeptieren keine Zusammenarbeit, welche die Gemeinnützigkeit des Verbandes gefährdet oder gar ausschließt“.

(b) Gemeinschaftliche Internetseite mit Leistungserbringern

Das oben gesagte gilt auch für den Fall, dass eine Selbsthilfeorganisation eine gemeinschaftliche Internetseite mit Leistungserbringern im Gesundheitswesen betreibt. Auch dies kann im Rechtssinn als werbliche Aktivität der Leistungserbringer aufgefasst werden und ist damit leitsatzwidrig. Es wird daher empfohlen, dass Selbsthilfeorganisationen selbst entsprechende Seiten betreiben, um hier volle Kontrolle über die Inhalte ausüben zu können.

(2) Sponsoring-Verträge

(a) Umsetzung von Sponsoringvereinbarungen

Hinsichtlich der schriftlichen Absicherung des Verhältnisses zu Sponsoren besteht ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen der Rechtssicherheit, der Praktikabilität und steuerrechtlichen Aspekten: Denkbar ist, eine konkrete Rahmenvereinbarung zu schließen, in der die Eventualitäten aller denkbaren Zuwendungsfälle geregelt werden, oder aber man kann für jedes Einzelprojekt eine gesonderte schriftliche Vereinbarung abschließen, was aber recht aufwändig ist.

Eine ganz allgemeine Rahmenvereinbarung, in der konkrete Angaben zu den Zuwendungen bzw. zu den Gegenleistungen fehlen, ist nicht hilfreich. Es sollten vielmehr die von der BAG SELBSTHILFE und dem FORUM im PARITATISCHEN entwickelten Musterverträge Verwendung finden.

Hinzu kommt immer die steuerrechtliche Implikation: Sobald eine Zuwendung ein Entgelt für eine bestimmte Leistung des Empfängers darstellt oder in einem tatsächlichen wirtschaftlichen Zusammenhang mit dessen Leistungen stehen, schneidet eine Berücksichtigung als Spende aus (Schreiben des Bundesfinanzministeriums vom 18.02.1998). Sobald dann die Finanzverwaltung zu dem Eindruck gelangt, der Verband wirke an Werbemaßnahmen des Sponsors mit, ist von einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb des Verbandes mit den entsprechenden Folgen bzgl. der Gemeinnützigkeit des Verbandes auszugehen (ebenda). Zuwendungen, die keine Spenden sind, sind voll zu versteuern (19 %). Handelt es sich um eine Leistung im Rahmen eines Zweckbetriebs oder ist die Gegenleistung als Duldungsleistung zu verstehen, dann ist die Zuwendung (nur) mit 7 % zu versteuern. Unterschiedliche Musterverträge für beide Fälle stehen zur Verfügung.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Gegenleistung wegen der unterschiedlichen Steuersätze klar benannt werden muss. Sponsoring Vereinbarungen liegen im Übri-

gen auch dann vor und sind schriftlich zu fixieren, wenn sie die Entgegennahme von Sachleistungen zum Inhalt haben.

Auch durchlaufende Zuwendungen sind entweder als Spende oder als Sponsoringvertrag einzustufen und verbuchen.

(b) Auslegen von Flyern und Publikationen eines Wirtschaftsunternehmens bei Veranstaltungen der Selbsthilfeorganisation

Eine Abmachung mit einem Vertreter eines Pharmaunternehmens, dass man einen bestimmten Betrag als Zuschuss für eine Veranstaltung erhalte und dass man dann Flyer des Unternehmens dort auslege, stellt bereits einen Sponsoring-Vertrag dar, der schriftlich zu fixieren ist. Es werden dann nämlich schon - anders als bei einer Spende - Leistung und Gegenleistung in ein Abhängigkeitsverhältnis zueinander gebracht. Sponsoring-Vereinbarungen lösen Steuerpflicht aus.

(c) Anfertigung eines Kalenders für die Selbsthilfeorganisation auf Kosten eines Wirtschaftsunternehmens

Bei einer Anfertigung eines Kalenders mit den Logos einer Selbsthilfeorganisation und eines Wirtschaftsunternehmens auf Kosten des Unternehmens, bei dem die Selbsthilfeorganisation die Verteilung des Kalenders übernimmt, handelt sich um ein Sponsoring. Daher ist ein schriftlicher Vertrag mit dem Wirtschaftsunternehmen erforderlich; die Selbsthilfeorganisation unterliegt der oben beschriebenen Steuerpflicht.

(d) Logoverwendung

Für die Verwendung eines Logos einer Selbsthilfeorganisation ist ein Vertrag erforderlich; eine Regelung, die es den Fördermitgliedern erlaubt, das Logo der Selbsthilfeorganisation generell zu verwenden, ist nicht leitsatzgerecht (s.u. 3d.).

(3) Fördermitgliedschaft

(a) Höhe und Ausgestaltung des Mitgliedsbeitrags

Der jährliche Mitgliedsbeitrag eines Fördermitgliedes sollte 5.000 € nicht überschreiten. Es wird empfohlen, dafür Sorge zu tragen, dass er nicht jedes Jahr neu frei wählbar ist. Überdies sind Vereinbarungen zu vermeiden, die eine Zweckbindung festlegen, da andernfalls Gefahren für die Unabhängigkeit und Neutralität der Selbsthilfeorganisation entstehen können.

(b) Verknüpfung von Fördermitgliedschaft und Logoverwendung

Es ist leitsatzwidrig, in einem Vertragsentwurf die Voraussetzungen an eine Fördermitgliedschaft mit den Bedingungen einer Logoverwendung zu knüpfen.

(c) Verknüpfung von Fördermitgliedschaft und anderen Leistungen

Es ist leitsatzwidrig, die Fördermitgliedschaft mit anderen Leistungen oder Dienstleistungen mit Zuwendungsbestätigungen zu verknüpfen.

(4) Vereinsorganisation/ Veranstaltungen

(a) Outsourcing von Aufgaben des Vereins

Es stellt eine Gefährdung für die Neutralität und Unabhängigkeit einer Selbsthilfeorganisation dar, wenn für nicht unerhebliche Bereiche der Vereinsarbeit die Dienste einer GmbH in Anspruch genommen werden, die von der Selbsthilfeorganisation organisatorisch getrennt agiert und zugleich auch für andere Akteure im Gesundheitswesen (Ärzte, Krankenkassen etc.) tätig wird. Die Gefährdung ist als akut einzustufen, wenn der Geschäftsführer der GmbH auch im Vorstand der Selbsthilfeorganisation tätig ist.

(b) Mitarbeit von Angestellten eines pharmazeutischen Unternehmens im Vorstand einer Selbsthilfeorganisation

Es stellt eine Gefährdung für die Neutralität und Unabhängigkeit einer Selbsthilfeorganisation dar, wenn ein Mitarbeiter eines (pharmazeutischen) Unternehmens, das im Indikationsgebiet der Selbsthilfeorganisation tätig ist, zugleich im Vorstand der Selbsthilfeorganisation mitwirkt.

(c) Auftritte von Funktionsträgern bei Veranstaltungen eines Wirtschaftsunternehmens

Soweit Funktionsträger bei Veranstaltungen eines Wirtschaftsunternehmens in ihrer Funktion für den Verband auftreten, haben sie Sorge dafür zu tragen, dass die Neutralität und Unabhängigkeit der Selbsthilfeorganisation gewahrt bleibt und insbesondere keine Werbung für Produkte oder Produktgruppen betrieben wird. Bei privaten Aktivitäten und Auftritten von Funktionsträgern einer Selbsthilfeorganisation bei Veranstaltungen eines Wirtschaftsunternehmens im Gesundheitsbereich hat der Funktionsträger dafür Sorge zu tragen, dass die verbandliche Funktion nicht im Veranstaltungszusammenhang herausgestellt wird. Soweit jedoch der Funktionsträger in weiten Teilen der Patientenszene in seiner Eigenschaft als Verbandsfunktionär bekannt ist, ist eine Beteiligung an Veranstaltungen mit werblichem Charakter unzulässig, da dann ein reinprivates Auftreten gar nicht mehr möglich ist. Gleiches gilt auch für Grußworte eines entsprechenden Funktionsträgers in einer Broschüre eines Wirtschaftsunternehmens mit werblichem Charakter

(d) Absicherung der Neutralität und Unabhängigkeit der Voten des wissenschaftlichen Beirats

Um die Neutralität und Unabhängigkeit der Voten des wissenschaftlichen Beirats von Selbsthilfeorganisationen abzusichern, wird empfohlen, die Selbstauskunft hinsichtlich möglicher Interessenkonflikte von den Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirats einzuholen

(e) Herstellung einer ausgewogenen Darstellung eines Themas, das außerhalb des Bereichs Arzneimittel-, Hilfsmittel- oder sonstiger Versorgungsangebote der Patienten liegt

Grundsätzlich sind bei Informationen außerhalb von herkömmlichen Versorgungsangeboten hier geringere Interessenskonflikte und ein geringerer werblicher Einfluss als bei Vorträgen aus dem Bereich der Arznei- oder Hilfsmitteln zu sehen. Von Bedeutung ist hier auch die Tatsache, dass gerade kleinere Verbände regelmäßig finanziell und von der Organisation her überfordert wären, wenn Ihnen auch bei Vorträgen zu allgemeinen Themen – wie etwa die Selbstdarstellung des Vereins – auferlegt würde, hier mehrere Referenten zu anzusprechen. Der Geschäftsführer kann zudem in vielen Fällen nicht alle wirtschaftlich relevante Themen selbst abdecken.

Es wird in derartigen Fällen empfohlen, bereits bei der Anmoderation durch den Geschäftsführer oder Vorsitzenden auf andere Leistungsangebote hinzuweisen.

Übereinstimmung besteht weiterhin, dass diese Grundsätze nicht für Vorträge gelten, in denen auf medizinische Verfahren und Versorgungsangebote hingewiesen wird oder in denen Arzneimittel vorgestellt werden. Hier ist auf eine ausgewogene Darstellung des Themas und eine ausgewogene Auswahl der Referenten zu achten.

(5) Publikationen

(a) Umgang mit Anzeigenkunden

Anzeigenkunden (d. h. Wirtschaftsunternehmen, die Anzeigen schalten) in Mitgliederzeitschriften von Selbsthilfeorganisationen sollten nicht im Impressum der Zeitschrift genannt werden, da sonst der Eindruck entsteht, dass Anzeigenkunden – unzulässigerweise – an der inhaltlichen Erarbeitung des jeweiligen Heftes verantwortlich mitgewirkt haben.

(b) Inhaltliche Trennung zwischen redaktionellen Inhalten und Anzeigen

Widmet sich die Mitgliederzeitschrift einer Selbsthilfeorganisation als sog. „Schwerpunktheft“ einem konkreten Thema, dürfen sich die Anzeigen in diesem Heft nicht überwiegend auf Produkte beziehen, die in diesem Themenbereich einschlägig sind. Anderenfalls kann der Eindruck des werblichen Charakters des gesamten Hefts entstehen.

(c) Inhaltliche Überschneidungen von Leserbriefen, Anzeigen und Berichten

Besteht ein enger Zusammenhang zwischen einer Anzeige, einem Bericht und einem Leserbrief in einer Zeitschrift, dann kann ein Leitsatzverstoß vorliegen. Auch die grafische Gestaltung des Leserbriefes und die räumliche Platzierung von Anzeige und Leserbrief im Heft sind wichtige Merkmale bei der Klärung, ob ein Leitsatzverstoß vorliegt. Es wird daher empfohlen, Anzeigen klar getrennt und ohne räumlichen Bezug zu einem entsprechenden inhaltlichen Bericht oder Leserbrief zu platzieren. Ferner sollte bei einem positiven Leserbrief zu einem entsprechenden Produkt von dem Autor eine Versicherung eingeholt werden, dass er nicht in wirtschaftlichen Beziehungen zu dem entsprechenden Wirtschaftsunternehmen steht.

(d) Vermittlung von Sponsoren durch eine Agentur

Soweit Agenturen sich anbieten, Verlag, Wirtschaftsunternehmen und Selbsthilfeorganisationen zum Zwecke der Erstellung von Broschüren „zusammenzubringen“, ist zweierlei zu beachten: Nachdem es sich um eine dreiseitige Vertragsanbahnung handelt, ist im Falle eines Vertragsschlusses ein dreiseitiger, schriftlicher Sponsoring-Vertrag erforderlich. Dabei muss gewährleistet sein, dass die Selbsthilfeorganisation von vornherein die volle inhaltliche Kontrolle über die Ausgestaltung der Broschüren hat.

(e) Nachträgliche Änderungen in einer Publikation durch Wirtschaftsunternehmen

Die Selbsthilfeorganisation hat darauf zu achten, dass Publikationen nicht ohne ihr Einverständnis nachträglich durch den Sponsor verändert werden.

(f) Patienteninformation zu einem Präparat

Sogenannte Patienteninformationen zur Therapie mit einem Präparat, welche der Mitgliederzeitschrift oder einer Publikation des Verbandes beigeheftet werden, sind leitsatzwidrig, wenn die Kosten für den Druck dieser Information von der Firma, die das Präparat herstellt, übernommen wurden und der erste Entwurf von der Firma geschrieben wurde, selbst wenn diese mehrfach von der Selbsthilfeorganisation überarbeitet wird. Hier ist nicht auszuschließen, dass in einer solchen Information die Interessen der Firma, und sei es im vorausseilenden Gehorsam, mit eingearbeitet werden. Zudem ist zu prüfen, ob hier ein Verstoß gegen das Heilmittelwerberecht vorliegt (s. unter g).

(g) Wiedergabe von Informationen aus einer indikationsspezifischen Pressekonferenz einer Firma

Es wird empfohlen, die Berichterstattung über indikationsspezifische Pressearbeit von Pharmaunternehmen rechtlich genau zu überprüfen. Richten sich solche Pressekonferenzen nur an Fachkreise, wäre zu klären, ob die öffentliche Berichterstattung einen Verstoß gegen das Heilmittelwerberecht darstellt, etwa wenn die Berichterstattung des Verbandes dem pharmazeutischen Unternehmen rechtlich zuzurechnen wäre (z.B. Auftragsverhältnis).

(h) Übernahme von Charts von Firmenpublikationen

Es ist leitsatzwidrig, Charts über eine Umfrage eines Unternehmens mit deren Logo und dem gesamten Layout ohne Hinweis auf den Anzeigencharakter in eine Darstellung der Verbandspublikation zu übernehmen, wenn diese gleichzeitig dem Verein Spenden haben zukommen lassen.

(i) Nennung einer Selbsthilfeorganisation auf einem Plakat eines pharmazeutischen Unternehmens

Wird auf einem Plakat eines pharmazeutischen Unternehmens, in welchem auch ein entsprechendes Medikament beworben wird, in unmittelbarer Nähe zu der Nennung des Medikaments auf eine Selbsthilfeorganisation hingewiesen, so handelt es sich um Werbung und ist leitsatzwidrig. Zudem kommt ein Verstoß gegen das Heilmittelwerberecht in Betracht, wenn dieses Plakat nicht ausschließlich für Fachkreise bestimmt ist.

(j) Nennung eines pharmazeutischen Unternehmens als Sponsor auf einem Roll-up

Ist ein pharmazeutisches Unternehmen Sponsor eines Roll-ups, so ist es zulässig, dieses als Sponsor auf diesem zu nennen. Allerdings darf diese Nennung nicht besonders werblich hervorgehoben werden; es ist ferner ein schriftlicher Sponsoring – Vertrag abzuschließen.

(6) Testaufenthalte in Kliniken

Wenn nicht die medizinischen oder krankheitsbezogenen Maßnahmen im Vordergrund stehen, sind Einladungen zu sogenannten Testaufenthalten in Kliniken von Funktionsträgern einer Selbsthilfeorganisation abzulehnen.

(7) Prozentuale Grenzen von Zuwendungen

Der Monitoring Ausschuss hat zu den prozentualen Grenzen von Zuwendungen folgende Maßgaben entwickelt:

- i. Liegt der Anteil der Zuwendungen (Spenden, Sponsoring und Anzeigenverkäufe) aller pharmazeutischen Unternehmen unterhalb der Grenze von 15 Prozent des Gesamthaushalts, liegt regelmäßig kein Verstoß gegen den Geist der Leitsätze vor.
- ii. In einem Korridor zwischen 15 und 40 Prozent nimmt der Monitoring Ausschuss eine Einzelfallprüfung vor; im Grundsatz liegt jedoch bei einer Überschreitung der Grenze von 15 Prozent bereits ein Verstoß gegen den Geist der Leitsätze vor.
- iii. Oberhalb der Grenze von 40 Prozent liegt regelmäßig ein Verstoß gegen den Geist der Leitsätze vor.

Nachdem diese Maßgaben noch nicht Bestandteil der Leitsätze sind, spricht der Monitoring Ausschuss in diesen Fällen eine Empfehlung aus und bietet den Verbänden eine entsprechende Beratung an.

(8) Gewinnung von Sponsoren für Forschungspreise

Bei der Gewinnung von Sponsoren für Forschungspreise sollte nach Möglichkeit versucht werden, mehrere Sponsoren für einen solchen Preis zu gewinnen.

(9) Kooperation mit Leistungserbringern

Bei der Kooperation mit Leistungserbringern ist darauf zu achten, dass die Selbsthilfeorganisationen die volle Kontrolle über die Inhalte hat. Soweit hierdurch zusätzliche Versorgungsangebote geschaffen werden sollen, ist darauf zu achten, dass mehrere Sponsoren für ein entsprechendes Angebot gewonnen werden können, ggf. in Form eines Pools.

3. Muster für die persönliche Erklärung eines Mitglieds des wissenschaftlichen Beirats



Forum chronisch kranker und
behinderter Menschen

Monitoring-Gruppe

zur Anwendung der

„Leitsätze der Selbsthilfe für die Zusammenarbeit mit Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Organisationen und Wirtschaftsunternehmen, insbesondere im Gesundheitswesen“ von BAG SELBSTHILFE und FORUM im PARITÄTISCHEN

Muster für die persönliche Erklärung eines Mitglieds des wissenschaftlichen Beirats

Dere.V. legt großen Wert darauf, die Unabhängigkeit des Verbandes zu wahren. In jedweder Kooperation mit Partnern muss gewährleistet sein, dass die Interessen dese.V. an erste Stelle stehen. Insbesondere der Umgang mit Wirtschaftsunternehmen darf die Unabhängigkeit der Arbeit für dene. V. in keiner Weise einschränken und muss transparent sein. Um dies zu gewährleisten und damit sicherzustellen, dass sich die fachliche und politische Arbeit allein an den Interessen des von dem Musterverein vertretenen Personenkreises orientiert, erwartet dere.V. von den für die ihn haupt- und ehrenamtlich tätig werdenden Personen die Unterzeichnung der folgenden Erklärung.

Erklärung:

Ich erkläre hiermit nach bestem Wissen und Gewissen, dass ich in meiner Funktion als Wissenschaftlicher Beirat die „Leitsätze der Selbsthilfe für die Zusammenarbeit mit Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Organisationen und Wirtschaftsunternehmen, insbesondere im Gesundheitswesen“ der BAG SELBSTHILFE e.V. und des FORUMs im PARITÄTISCHEN Gesamtverband e.V. zur Kenntnis genommen haben und mich entsprechend verhalten werde.

Insbesondere werde ich Transparenz in allen Vertragsbeziehungen gewährleisten und diese schriftlich dokumentieren, für die materielle und immaterielle Unabhängig-

keit⁷⁾ meiner Vereins- und Selbsthilfearbeit eintreten, Versuche der Beeinflussung der Arbeit des Vereins durch Dritte dem Vorstand und der Geschäftsführung zur Kenntnis geben, den Datenschutz sicherstellen, d.h. keine personenbezogenen Daten an Dritte übermitteln, es sei denn, diese sind individuell freigegeben und meine Arbeit ausschließlich an den Interessen der Betroffenen ausrichten.

Meine nachfolgende Erklärung bezieht sich auf sämtliche privaten oder persönlichen Interessen und Vorteile. Sie wird für die letzten _____ Jahre abgegeben. (Hinweis: Hier müsste der Verband intern klären, für welchen Zeitraum er diese Erklärung von seinem wissenschaftlichen Beirat fordert.)

Mir ist bewusst, dass das Verschweigen eines Interessenkonflikts die Glaubwürdigkeit und Rechtssicherheit der Arbeit dese.V. beschädigt.

Ich bin Erfinder, Entwickler, Vertreiber, Patentinhaber oder Rechteinhaber von medizinischen Verfahren und Produkten, die die (*Name der Krankheit*) betreffen.

Nein / Ja

Betroffene Unternehmen: _____

Ich erhalte finanzielle Erlöse für die Durchführung von Studien, Vortragstätigkeiten, Beratung oder Erstellung von Publikationen im Zusammenhang mit (*Name der Krankheit*)

Nein / Ja

Betroffene Unternehmen: _____

Ggf. einfügen:

Höhe der Erlöse: _____

⁴⁾ Materielle Abhängigkeiten können z.B. entstehen durch Beschäftigungsverhältnisse, Beratungstätigkeiten, Aktienbesitz, Honorare für Vorträge, Übernahme von Reisekosten, Studienunterstützung oder andere Drittmittel.
Nichtmaterielle Interessenkonflikte können entstehen, wenn persönliche, akademische, politische oder religiöse Meinungen oder Verbindungen zu Befangenheit führen. Sie können auch in Verbindungen zu Dritten entstehen, deren wirtschaftliche oder ideelle Belange berührt werden (Partnerschaft, familiäre Beziehungen etc.).

Ich bin bei dem Hersteller eines Arzneimittels oder einem Anwender eines Verfahrens beschäftigt, das im Zusammenhang mit der Diagnose oder Behandlung der (*Name der Krankheit*) steht.

Nein / Ja

Ich besitze Geschäftsanteile, oder vergleichbaren Beteiligungen an Herstellern, Vertreibern oder Anwendern von Produkten, die im Zusammenhang mit der(*Name der Krankheit*) oder Verfahren, die im Zusammenhang mit der (*Name der Krankheit*) stehen.

Nein / Ja

Ich habe finanzielle Erlöse durch Anwendung eines eigenen Verfahrens, das im Zusammenhang mit der(*Name der Krankheit*) steht:

Nein / Ja

Ich befinde mich aus einem anderen Grund, nämlich:

in einem möglichen Interessenkonflikt.

Betroffene Unternehmen: _____

Ich erkläre hiermit nach bestem Wissen und Gewissen, dass außer den von mir genannten, mir derzeit keine Umstände bekannt sind, die gegebenenfalls zu einem Interessenkonflikt in der Ausübung Tätigkeit als Wissenschaftlicher Beirat ime.V. führen könnten. Ich erkläre weiterhin, dass ich jede Veränderung dieser Umstände unverzüglich durch eine ergänzende Erklärung aktualisieren und dem Vorstand und der Geschäftsführung dese.V. zur Kenntnis geben werde.

Mir ist bekannt, dass die Abweichung von den hier aufgeführten Regeln mit dem Mandat eines Mitglieds des Wissenschaftlichen Beirates dese.V. nicht vereinbar ist und werde, falls ich diese Umstände nicht beenden kann oder will, zum Schutz der Interessen der e.V. um Entpflichtung von der Mitgliedschaft im Wissenschaftlichen Beirat bitten.

Ort und Datum

Unterschrift

4. Muster für die persönliche Erklärung eines Mitglieds des Vorstandes



Forum chronisch kranker und
behinderter Menschen

Monitoring-Gruppe

zur Anwendung der
„Leitsätze der Selbsthilfe für die Zusammenarbeit mit Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Organisationen und Wirtschaftsunternehmen, insbesondere im Gesundheitswesen“ von BAG SELBSTHILFE und FORUM im PARITÄTISCHEN

Muster für die persönliche Erklärung eines Mitglieds des Vorstandes

Dere.V. legt großen Wert darauf, die Unabhängigkeit des Verbandes zu wahren. In jedweder Kooperation mit Partnern muss gewährleistet sein, dass die Interessen dese.V. an erste Stelle stehen. Insbesondere der Umgang mit Wirtschaftsunternehmen darf die Unabhängigkeit der Arbeit für dene. V. in keiner Weise einschränken und muss transparent sein. Um dies zu gewährleisten und damit sicherzustellen, dass sich die fachliche und politische Arbeit allein an den Interessen des von dem Verein vertretenen Personenkreises orientiert, erwartet dere.V. von den für ihn haupt- und ehrenamtlich tätig werdenden Personen die Unterzeichnung der folgenden Erklärung.

Erklärung:

Ich erkläre hiermit nach bestem Wissen und Gewissen, dass ich in meiner Funktion als Mitglied des Vorstandes die „Leitsätze der Selbsthilfe für die Zusammenarbeit mit Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Organisationen und Wirtschaftsunternehmen, insbesondere im Gesundheitswesen“ der BAG SELBSTHILFE e.V. und des FORUMs im PARITÄTISCHEN GESAMTVERBAND zur Kenntnis genommen haben und mich entsprechend verhalten werde.

Insbesondere werde ich Transparenz in allen Vertragsbeziehungen gewährleisten und diese schriftlich dokumentieren, für die materielle und immaterielle Unabhängig-

keit⁸⁾ meiner Vereins- und Selbsthilfearbeit eintreten, Versuche der Beeinflussung der Arbeit des Vereins durch Dritte dem Vorstand und der Geschäftsführung zur Kenntnis geben, den Datenschutz sicherstellen, d.h. keine personenbezogenen Daten an Dritte übermitteln, es sei denn, diese sind individuell freigegeben und meine Arbeit ausschließlich an den Interessen der Betroffenen ausrichten.

Meine nachfolgende Erklärung bezieht sich auf sämtliche privaten oder persönlichen Interessen und Vorteile. Sie wird für die letzten _____Jahre abgegeben. (Hinweis: Hier müsste der Verband intern klären, für welchen Zeitraum er diese Erklärung von seinen Vorständen fordert.)

Mir ist bewusst, dass das Verschweigen eines Interessenkonflikts die Glaubwürdigkeit und Rechtssicherheit der Arbeit dese.V. beschädigt.

Ich bin Erfinder, Entwickler, Vertreiber, Patentinhaber oder Rechteinhaber von medizinischen Verfahren und Produkten, die die(Name der Krankheit) betreffen.

Nein / Ja

Betroffene Unternehmen: _____

Ich erhalte außerverbandlich finanzielle Erlöse für die Durchführung von Studien, Vortragstätigkeiten, Beratung oder Erstellung von Publikationen im Zusammenhang mit (Name der Krankheit)

Nein / Ja

Betroffene Unternehmen: _____

Ggf. einfügen:

Höhe der Erlöse: _____

⁸⁾ Materielle Abhängigkeiten können z.B. entstehen durch Beschäftigungsverhältnisse, Beratungstätigkeiten, Aktienbesitz, Honorare für Vorträge, Übernahme von Reisekosten, Studienunterstützung oder andere Drittmittel.
Nichtmaterielle Interessenkonflikte können entstehen, wenn persönliche, akademische, politische oder religiöse Meinungen oder Verbindungen zu Befangenheit führen. Sie können auch in Verbindungen zu Dritten entstehen, deren wirtschaftliche oder ideelle Belange berührt werden (Partnerschaft, familiäre Beziehungen etc.).

Ich bin bei dem Hersteller eines Arzneimittels oder einem Anwender eines Verfahrens an entscheidungsbefugter Stelle beschäftigt, das im Zusammenhang mit der Diagnose oder Behandlung der (*Name der Krankheit*) steht.

Nein / Ja

Ich besitze Geschäftsanteile⁹, oder vergleichbaren Beteiligungen an Herstellern, Vertreibern oder Anwendern von Produkten, die im Zusammenhang mit der (*Name der Krankheit*) oder Verfahren, die im Zusammenhang mit der (*Name der Krankheit*) stehen.

Nein / Ja

Ich habe finanzielle Erlöse durch Anwendung eines eigenen Verfahrens, das im Zusammenhang mit der (*Name der Krankheit*) steht:

Nein / Ja

Ich befinde mich aus einem anderen Grund, nämlich:

in einem möglichen Interessenkonflikt.

Betroffene Unternehmen: _____

Ich erkläre hiermit nach bestem Wissen und Gewissen, dass außer den von mir genannten, mir derzeit keine Umstände bekannt sind, die gegebenenfalls zu einem Interessenkonflikt in Ausübung der Tätigkeit als Mitglied des Vorstandes/ hauptamtlich Beschäftigten ime.V. führen könnten. Ich erkläre weiterhin, dass ich jede Veränderung dieser Umstände unverzüglich durch eine ergänzende Erklärung aktualisieren und dem Vorstand und der Geschäftsführung dese.V. zur Kenntnis geben werde.

⁹ Hierunter fällt auch die Inhaberschaft.

Mir ist bekannt, dass eine Abweichung von den hier aufgeführten Regeln mit dem Mandat eines Mitglieds des Vorstandes dese.V. nicht vereinbar ist und werde, falls ich diese Umstände nicht beenden kann oder will, zum Schutz der Interessen dere.V. um Entpflichtung von der Mitgliedschaft im Vorstand bitten.

Ort und Datum

Unterschrift

5. Muster für die persönliche Erklärung eines hauptamtlich Beschäftigten



Forum chronisch kranker und
behinderter Menschen

Monitoring-Gruppe

zur Anwendung der

„Leitsätze der Selbsthilfe für die Zusammenarbeit mit Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Organisationen und Wirtschaftsunternehmen, insbesondere im Gesundheitswesen“ von BAG SELBSTHILFE und FORUM im PARITÄTISCHEN

Muster für die persönliche Erklärung eines hauptamtlichen Beschäftigten

Dere.V. legt großen Wert darauf, die Unabhängigkeit des Verbandes zu wahren. In jedweder Kooperation mit Partnern muss gewährleistet sein, dass die Interessen dese.V. an erste Stelle stehen. Insbesondere der Umgang mit Wirtschaftsunternehmen darf die Unabhängigkeit der Arbeit für dene. V. in keiner Weise einschränken und muss transparent sein. Um dies zu gewährleisten und damit sicherzustellen, dass sich die fachliche und politische Arbeit allein an den Interessen des von dem Verein vertretenen Personenkreises orientiert, erwartet dere.V. von den für ihn haupt- und ehrenamtlich tätig werdenden Personen die Unterzeichnung der folgenden Erklärung.

Erklärung:

Ich erkläre hiermit nach bestem Wissen und Gewissen, dass ich in meiner Funktion als hauptamtlich Beschäftigter die „Leitsätze der Selbsthilfe für die Zusammenarbeit mit Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Organisationen und Wirtschaftsunternehmen, insbesondere im Gesundheitswesen“ der BAG SELBSTHILFE e.V. und des FORUM im PARITÄTISCHEN GESAMTVERBAND zur Kenntnis genommen haben und mich entsprechend verhalten werde.

Insbesondere werde ich Transparenz in allen Vertragsbeziehungen gewährleisten und diese schriftlich dokumentieren, für die materielle und immaterielle Unabhängig-

keit¹⁰⁾ meiner Vereins- und Selbsthilfearbeit eintreten, Versuche der Beeinflussung der Arbeit des Vereins durch Dritte dem Vorstand und der Geschäftsführung zur Kenntnis geben, den Datenschutz sicherstellen, d.h. keine personenbezogenen Daten an Dritte übermitteln, es sei denn, diese sind individuell freigegeben und meine Arbeit ausschließlich an den Interessen der Betroffenen ausrichten.

Meine nachfolgende Erklärung bezieht sich auf sämtliche privaten oder persönlichen Interessen und Vorteile. Sie wird für die letzten _____Jahre abgegeben. (Hinweis: Hier müsste der Verband intern klären, für welchen Zeitraum er diese Erklärung von seinen hauptamtlich Beschäftigten fordert.)

Mir ist bewusst, dass das Verschweigen eines Interessenkonflikts die Glaubwürdigkeit und Rechtssicherheit der Arbeit dese.V. beschädigt.

Ich bin Erfinder, Entwickler, Vertreiber, Patentinhaber oder Rechteinhaber von medizinischen Verfahren und Produkten, die die(Name der Krankheit) betreffen.

Nein / Ja

Betroffene Unternehmen: _____

Ich erhalte außerverbandlich finanzielle Erlöse für die Durchführung von Studien, Vortragstätigkeiten, Beratung oder Erstellung von Publikationen im Zusammenhang mit..... (Name der Krankheit)

Nein / Ja

Betroffene Unternehmen: _____

Ggf. einfügen:

Höhe der Erlöse: _____

¹⁰⁾ Materielle Abhängigkeiten können z.B. entstehen durch Beschäftigungsverhältnisse, Beratungstätigkeiten, Aktienbesitz, Honorare für Vorträge, Übernahme von Reisekosten, Studienunterstützung oder andere Drittmittel.
Nichtmaterielle Interessenkonflikte können entstehen, wenn persönliche, akademische, politische oder religiöse Meinungen oder Verbindungen zu Befangenheit führen. Sie können auch in Verbindungen zu Dritten entstehen, deren wirtschaftliche oder ideelle Belange berührt werden (Partnerschaft, familiäre Beziehungen etc.).

Ich bin bei dem Hersteller eines Arzneimittels oder einem Anwender eines Verfahrens an entscheidungsbefugter Stelle beschäftigt, das im Zusammenhang mit der Diagnose oder Behandlung der (*Name der Krankheit*) steht.

Nein / Ja

Ich besitze Geschäftsanteile¹¹, oder vergleichbaren Beteiligungen an Herstellern, Vertreibern oder Anwendern von Produkten, die im Zusammenhang mit der(*Name der Krankheit*) oder Verfahren, die im Zusammenhang mit der (*Name der Krankheit*) stehen.

Nein / Ja

Ich habe finanzielle Erlöse durch Anwendung eines eigenen Verfahrens, das im Zusammenhang mit der(*Name der Krankheit*) steht:

Nein / Ja

Ich befinde mich aus einem anderen Grund, nämlich:

in einem möglichen Interessenkonflikt.

Betroffene Unternehmen: _____

Ich erkläre hiermit nach bestem Wissen und Gewissen, dass außer den von mir genannten, mir derzeit keine Umstände bekannt sind, die gegebenenfalls zu einem Interessenkonflikt in Ausübung der Tätigkeit als Mitglied des Vorstandes/ hauptamtlich Beschäftigten ime.V. führen könnten. Ich erkläre weiterhin, dass ich jede Veränderung dieser Umstände unverzüglich durch eine ergänzende Erklärung aktualisieren und dem Vorstand und der Geschäftsführung dese.V. zur Kenntnis geben werde.

¹¹ Hierunter fällt auch die Inhaberschaft.

Mir ist bekannt, dass die Abweichung von den hier aufgeführten Regeln einen Verstoß gegen meine arbeitsrechtlichen Pflichten, insbesondere die arbeitsrechtliche Treuepflicht, darstellt.

Ort und Datum

Unterschrift

6. Presseveröffentlichung zum Gemeinsamen Monitoring-Verfahren



Forum chronisch kranker und
behinderter Menschen

Monitoring-Gruppe

zur Anwendung der

„Leitsätze der Selbsthilfe für die Zusammenarbeit mit Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Organisationen und Wirtschaftsunternehmen, insbesondere im Gesundheitswesen“ von BAG SELBSTHILFE und FORUM im PARITÄTISCHEN

BAG SELBSTHILFE und FORUM im PARITÄTISCHEN stehen für Transparenz und Unabhängigkeit:

„Wir sind keine Lobbyisten der Pharmaindustrie“

„Wir sind keine unkritischen Lobbyisten der Pharmaindustrie, sondern steuern den durchaus vorhandenen Versuchen der Arzneimittelhersteller vehement entgegen, Selbsthilfegruppen zu unterwandern und zu beeinflussen“, betonen Martin Danner, Bundesgeschäftsführer der BAG SELBSTHILFE und Burkhard Stork, Leiter der Bundesgeschäftsstelle der DCCV. Das Thema Sponsoring durch Wirtschaftsunternehmen ist im Dachverband der Selbsthilfeorganisationen behinderter und chronisch kranker Menschen und ihrer Angehörigen bereits seit einigen Jahren Thema innerverbandlicher Informations- und Diskussionsprozesse.

„Können sich Selbsthilfegruppen vor den Begehrlichkeiten der Wirtschaftslobby schützen, aber dennoch die Chance des Sponsorings und der Kooperation nutzen? Wehren sie sich im Interesse ihrer Mitglieder gegen eine Einflussnahme durch Dritte, die das Selbstbestimmungsrecht und die Unabhängigkeit der Information einschränken wollen? Das sind Fragen, die uns seit langem beschäftigen“, erklärt Stork. So hätten die BAG SELBSTHILFE und das FORUM im PARITÄTISCHEN zur Wahrung von Neutralität und Unabhängigkeit mit ihren Mitgliedsorganisationen Leitsätze für die Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen im Gesundheitswesen verabschiedet und ein Monitoring-Verfahren beschlossen, das der Beratung und Information der Mitgliedsverbände dient, mit dem aber auch die Leitsätze weiterentwickelt und Verstöße gegen diese Leitsätze sanktioniert werden. Dr. Martin Danner und Burkhard Stork sind Vorsitzende der beiden Ausschüsse von BAG SELBSTHILFE und FORUM im PARITÄTISCHEN.

Besonders kritisch sieht die Interessenvertretung behinderter und chronisch kranker Menschen in Deutschland, dass ausgerechnet die Selbsthilfe, die ihre Arbeit weitgehend ehrenamtlich leistet, so massiv dem Vorwurf der gelenkten Interessenvertretung und der Abhängigkeit von Pharmafirmen ausgesetzt wird. „Seit Jahren fließen Millionenbeträge direkt von der Industrie in die Forschung, in die medizinischen Fachverbände und die medizinische Versorgung. Das wird als gegeben hingenommen“, gibt Dr. Danner zu bedenken und fordert: „Das, was für die Selbsthilfe behinderter und chronisch kranker gilt, sollte auch von Ärzten, Apotheken und der medizinischen Forschung gefordert werden, nämlich Transparenz und Unabhängigkeit.“

Die BAG SELBSTHILFE e.V. – Bundesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen – ist die Vereinigung der Selbsthilfeverbände behinderter und chronisch kranker Menschen und ihrer Angehörigen in Deutschland. Sie ist Dachverband von 104 bundesweit tätigen Selbsthilfeorganisationen, 14 Landesarbeitsgemeinschaften und 4 Fachverbänden. Über ihre Mitgliedsverbände sind in der BAG SELBSTHILFE mehr als eine Million Menschen mit körperlichen, seelischen und geistigen sowie Sinnes-Behinderungen und Menschen mit unterschiedlichsten chronischen Erkrankungen zusammengeschlossen.

Das „Forum chronisch kranker und behinderter Menschen“ wurde im Jahre 1986 als ein übergreifender Zusammenschluss von 41 der 130 bundesweit agierenden Selbsthilfeorganisationen und zugleich Mitgliedsverbänden des PARITÄTISCHEN Gesamtverbandes gegründet. Das FORUM vertritt die Interessen chronisch kranker und behinderter Menschen im PARITÄTISCHEN nach innen (Mitglieder, Verbandsrat, Vorstand, Hauptgeschäftsstelle) und außen. Der PARITÄTISCHE Gesamtverband unterstützt diese Aktivitäten auf Bundesebene und durch seine 15 Landesverbände.

Elisabeth Fischer
BAG SELBSTHILFE e.V.
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Kirchfeldstraße 149
40215 Düsseldorf
Fon: 0211 3100625
Fax: 0211 3100634
www.bag-selbsthilfe.de
elisabeth.fischer@bag-selbsthilfe.de

Achim Weber
FORUM chronisch kranker und
behinderter Menschen im
PARITÄTISCHEN Gesamtverband
Oranienburger Str. 13-14
10178 Berlin
Fon: 030 24636 321
Fax: 030 24636 110
www.selbsthilfe.paritaet.org
selbsthilfe@paritaet.org

7. Informationsflyer zum Monitoring-Verfahren

Monitoring

...ist ein Überbegriff für alle Arten der systematischen Erfassung, Beobachtung oder Überwachung eines Vorgangs oder Prozesses mittels technischer Hilfsmittel oder anderer Beobachtungssysteme. Ein Monitoring ist eine in die Zukunft gerichtete Langzeitbeobachtung. Ein Monitoringsystem ermöglicht zum Teil auch Eingriffe bzw. Steuerung der betreffenden Prozesse, sofern sich abzeichnet, dass der Prozess nicht den gewünschten Verlauf nimmt.

Inhaltliche und organisatorische Koordination:

BAG SELBSTHILFE e.V.
Kirchfeldstraße 149
40215 Düsseldorf
Tel.: 0211 – 31006 0
Fax: 0211 – 31006 48
Mail: info@bag-selbsthilfe.de
Internet: www.bag-selbsthilfe.de

FORUM chronisch kranker und behinderter Menschen im **PARITÄTISCHEN** Gesamtverband e.V.
c/o Achim Weber
Oranienburger Str. 13-14
10178 Berlin
Tel.: 030 – 24636 321
Fax: 030 – 24636 110
Mail: selbsthilfe@paritaet.org
Internet: www.selbsthilfe.paritaet.org



Die BAG SELBSTHILFE e.V. – Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen – ist die Vereinigung der Selbsthilfeverbände behinderter und chronisch kranker Menschen und ihrer Angehörigen in Deutschland. Sie ist Dachverband von 101 bundesweit tätigen Selbsthilfeorganisationen, 14 Landesarbeitsgemeinschaften und 4 Fachverbänden. Über ihre Mitgliedsverbände sind in der BAG SELBSTHILFE mehr als eine Million Menschen mit körperlichen, seelischen und geistigen sowie Sinnes-Behinderungen und Menschen mit unterschiedlichsten chronischen Erkrankungen zusammengeschlossen.



Forum chronisch kranker und behinderter Menschen

Das „Forum chronisch kranker und behinderter Menschen“ wurde im Jahre 1986 als ein übergreifender Zusammenschluss von 37 der 92 bundesweit agierenden Selbsthilfeorganisationen und zugleich Mitgliedsverbänden des PARITÄTISCHEN Gesamtverbandes gegründet. Das FORUM vertritt die Interessen chronisch kranker und behinderter Menschen im PARITÄTISCHEN nach innen (Mitglieder, Verbandsrat, Vorstand, Hauptgeschäftsstelle) und außen. Der PARITÄTISCHE Gesamtverband unterstützt diese Aktivitäten auf Bundesebene und durch seine 15 Landesverbände.



Forum chronisch kranker und behinderter Menschen

Transparenz und Unabhängigkeit

Warum wir Leitsätze und Monitoring in der Selbsthilfe behinderter und chronisch kranker Menschen brauchen

Leitsätze und Monitoring

Der Stellenwert der Selbsthilfe hat sich in den vier Jahrzehnten seit der Gründung der BAG SELBSTHILFE – Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen e.V. – grundlegend geändert.

Ging es in den Gründungs- und Aufbaujahren vor allem darum, die gravierenden Versorgungslücken in der pädagogischen, medizinischen, beruflichen und sozialen Rehabilitation zu schließen, folgte in den 1980er Jahren eine Zeit, in der sich die Behindertenverbände mit den Werten und Zielvorstellungen der eigenen Arbeit auseinandersetzen und für ein selbstbestimmtes Leben – vor allem behinderter Menschen – einzutreten. In den 1980er Jahren brachte aber eine neue Welle von Selbsthilfeverbänden chronisch kranker Menschen einen Zuwachs, der die Arbeitsschwerpunkte der BAG SELBSTHILFE und des 1986 gegründeten Forums chronisch kranker und behinderter Menschen im PARITÄTISCHEN Gesamtverband akzentuierte und bis heute zu einer immer größeren Professionalisierung der Patientinnen- und Patientenvertreter aus den Reihen der BAG SELBSTHILFE und des FORUMs im PARITÄTISCHEN führte und führt.

Die ehrenamtlichen VertreterInnen der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe sind inzwischen als äußerst sachkundige Expertinnen anerkannt. Ihr auf Betroffenenkompetenz begründetes Wissen wird von unterschiedlichen Seiten nachgefragt. Zunehmend werden ihr qualifizierte Beratungsaufgaben in Steuerungs- und Entscheidungsgremien wie etwa im Gemeinsamen Bundesausschuss zugewiesen. Auch diese Arbeit

kostet Geld. Nun ist die Förderung der Selbsthilfe eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der die Krankenkassen, Rehabilitationsräte sowie Bund, Länder und Kommunen beteiligt sein sollen. Und während die öffentliche Hand ihre Fördermittel ständig zurückfährt, die Krankenkassen und ihre Verbände die vom Gesetzgeber geschaffenen Möglichkeiten nach § 20c SGB V nicht im vom Gesetzgeber vorgesehenen Maß umsetzen, macht die Wirtschaft die finanzielle Unterstützung von gemeinnützigen Vereinen zu einem festen Bestandteil ihres gesellschaftlichen Engagements.

Bei aller Voraussicht birgt das die Gefahr von Abhängigkeit und Einflussnahme durch die Geldgeber. Und so ist das Thema Sponsoring durch Wirtschaftsunternehmen in den Mitgliedsverbänden der BAG SELBSTHILFE und des FORUMs im PARITÄTISCHEN bereits seit einigen Jahren Thema innerverbandlicher Informations- und Diskussionsprozesse. Um die Neutralität und Unabhängigkeit zu wahren und auch künftig zu gewährleisten, haben BAG SELBSTHILFE und das FORUM im PARITÄTISCHEN mit ihren Mitgliedsorganisationen „Leitsätze für die Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen im Gesundheitswesen“ verabschiedet und ein Monitoring-Verfahren beschlossen, das der Beratung und Information der Mitgliedsverbände dient, mit dem aber auch die Leitsätze weiterentwickelt und Verstöße gegen diese Leitsätze sanktioniert werden sollen.

Die BAG SELBSTHILFE und das FORUM im PARITÄTISCHEN geben eine Broschüre und eine CD ROM mit einer Zusammenstellung wichtiger Arbeitshilfen rund um das Thema Leitsätze und Monitoring heraus, anhand derer die Mitgliedsverbände die Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen auf eine sichere Grundlage stellen können.

Darüber hinaus bieten die Materialien auch Hinweise auf Beratungs- und Unterstützungs-möglichkeiten.

Die Monitoring-Ausschüsse

In den Monitoring-Ausschüssen von BAG SELBSTHILFE und FORUM im PARITÄTISCHEN sowie im Gemeinsamen Ausschuss wirken Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Selbsthilfeorganisationen mit:

- **Bundesselbsthilfeverband für Osteoporose e.V.**
- **Bundesverband Niere e.V.**
- **Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V.**
- **Deutsche Gesellschaft für Muskelkranke e.V.**
- **Deutsche Leukämie- und Lymphom-Hilfe e.V.**
- **Deutsche Morbus Crohn/Colitis ulcerosa Vereinigung (DCCV) e.V.**
- **Deutsche Rheuma-Liga e.V.**
- **Deutsche Vereinigung Morbus Bechterew e.V. (DVMB)**
- **Deutscher Psoriasis Bund e.V. (DPB)**
- **Frauenselbsthilfe nach Krebs – Bundesverband e.V.**
- **BAG SELBSTHILFE e.V.**
- **FORUM im PARITÄTISCHEN**

Vorsitzende der Monitoring- Ausschüsse sind Herr **Dr. Martin Danner** (Ausschuss BAG Selbsthilfe) und Herr **Burkhard Stork** (Ausschuss FORUM im PARITÄTISCHEN und Gemeinsamer Ausschuss). Mit der Geschäftsführung der Monitoring-Ausschüsse sind die BAG SELBSTHILFE und das FORUM im PARITÄTISCHEN GESAMTVERBAND beauftragt.

8. Aktualisierte Leitsätze i. d. F. v. 28.04.2012



Forum chronisch kranker und
behinderter Menschen

Monitoring-Gruppe

zur Anwendung der

„Leitsätze der Selbsthilfe für die Zusammenarbeit mit Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Organisationen und Wirtschaftsunternehmen, insbesondere im Gesundheitswesen“ von BAG SELBSTHILFE und FORUM im PARITÄTISCHEN

Leitsätze der Selbsthilfe für die Zusammenarbeit mit Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Organisationen und Wirtschaftsunternehmen, insbesondere im Gesundheitswesen

in der Fassung vom 28.04.2012

Präambel

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen (BAG SELBSTHILFE) und der Paritätische Wohlfahrtsverband mit seinem FORUM chronisch kranker und behinderter Menschen im PARITÄTISCHEN (FORUM) vertreten als Dachorganisationen die Interessen der ihnen angeschlossenen Mitgliedsverbände. Darüber hinaus sind sie als die maßgeblichen Spitzenorganisationen der Selbsthilfe aufgerufen, die Interessenvertretung der Selbsthilfe behinderter und chronisch kranker Menschen insgesamt wahrzunehmen.

Um ihren Auftrag als maßgebliche Spitzenorganisationen der Selbsthilfe behinderter und chronisch kranker Menschen sachgerecht wahrnehmen zu können, ist es für die Selbsthilfe chronisch kranker und behinderter Menschen unabdingbar, ihre Neutralität und Unabhängigkeit strikt zu wahren. Auf der Basis ihrer Neutralität und Unabhängigkeit legen die der BAG SELBSTHILFE und die dem FORUM angeschlossenen Selbsthilfeorganisationen Wert auf eine faire und transparente Zusammenarbeit mit anderen Akteuren im Gesundheitswesen. Sie begrüßen das Interesse von Wirtschaftsunternehmen an einer solchen Zusammenarbeit und sehen hier die Chance zu einem gleichberechtigten Dialog.

Um ihre Neutralität und Unabhängigkeit zu bewahren und auch künftig zu gewährleisten, sind im Folgenden gemeinsame Leitsätze der beiden Spitzenorganisationen für die Kooperation mit Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Organisationen und Wirtschaftsunternehmen sowie von ihnen Beauftragte formuliert.

Die nachstehenden Leitsätze gelten für die BAG SELBSTHILFE und das FORUM als übergreifende Zusammenschlüsse sowie für die Selbsthilfeorganisationen, die sich durch schriftliche Selbstverpflichtung zur Anwendung dieser Leitsätze gegenüber der BAG SELBSTHILFE und/oder dem PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverband, Gesamtverband e. V., verpflichtet haben und im Anhang aufgeführt sind. Soweit Selbsthilfeorganisationen entsprechende Leitsätze oder Richtlinien verabschiedet haben, bleibt deren Geltung unberührt.

Die BAG SELBSTHILFE und das FORUM beraten die ihnen angeschlossenen Selbsthilfeorganisationen und begleiten sie fortlaufend bei der Umsetzung dieser Leitsätze in der Praxis.

1. Allgemeine Grundsätze

a. Die Selbsthilfeorganisationen richten ihre fachliche und politische Arbeit ausschließlich an den Bedürfnissen und Interessen von behinderten und chronisch kranken Menschen und deren Angehörigen aus. Sie wollen die Selbstbestimmung behinderter und chronisch kranker Menschen fördern.

b. Die Kooperation zwischen Selbsthilfeorganisationen und Wirtschaftsunternehmen muss mit den satzungsgemäßen Zielen und Aufgaben der Selbsthilfeorganisationen im Einklang stehen und diesen dienen. Die Selbsthilfeorganisationen akzeptieren keine Zusammenarbeit, welche die Gemeinnützigkeit des Verbandes gefährdet oder gar ausschließt.

c. In allen Bereichen der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen muss die Selbsthilfeorganisation die volle Kontrolle über die Inhalte der Arbeit behalten und unabhängig bleiben. Dies gilt sowohl für ideelle als auch für finanzielle Förderung und Kooperationen.

d. Jedwede Kooperation mit und Unterstützung durch Wirtschaftsunternehmen ist transparent zu gestalten.

2. Prozentuale Grenzen von Zuwendungen

Die Selbsthilfeorganisation trägt Sorge dafür, dass ihre Neutralität und Unabhängigkeit durch finanzielle Zuwendungen der pharmazeutischen Industrie, von Herstellern medizinischer Geräte oder Hilfsmitteln oder von anderen Wirtschaftsunternehmen¹² nicht gefährdet ist. Es gelten folgende Grundsätze:

- Liegt der Anteil der finanziellen Mittel aus der pharmazeutischen Industrie, von Herstellern von medizinischen Geräten oder Hilfsmitteln oder von anderen Wirtschaftsunternehmen bei insgesamt über 40 % der gesamten Einnahmen

¹² Zuwendungen der Gesetzlichen Krankenkassen werden nicht in die Berechnung i.S.d. Art. 2 S. 2 ff. der Leitsätze einbezogen.

der Selbsthilfeorganisation, so ist die Neutralität und Unabhängigkeit der Selbsthilfeorganisation nicht mehr gewährleistet.

Der zuständige Monitoring-Ausschuss fordert nach Feststellung der Überschreitung des Grenzwerts die betreffende Selbsthilfeorganisation auf darzulegen, auf welche Weise der Zuwendungsanteil innerhalb eines Jahres auf unter 40 % reduziert werden kann. Der Ausschuss überprüft, ob dieser Vorschlag tragfähig ist. Ist dies der Fall, dann wird zwischen dem Ausschuss und der Selbsthilfeorganisation eine verbindliche Zielvereinbarung geschlossen.

- Liegt der Anteil der finanziellen Mittel aus der pharmazeutischen Industrie, von Herstellern von medizinischen Geräten oder Hilfsmitteln oder von anderen Wirtschaftsunternehmen insgesamt unter 15 % der Einnahmen der Selbsthilfeorganisation, so stellen diese Zuwendungen keine Gefährdung der Neutralität und Unabhängigkeit dar.
- Liegt der Anteil der finanziellen Mittel aus der pharmazeutischen Industrie, von Herstellern von medizinischen Geräten oder Hilfsmitteln oder von anderen Wirtschaftsunternehmen zwischen 15 % und 40 % der Einnahmen der Selbsthilfeorganisation, so ist im Einzelfall anhand einer Gesamtschau von den Monitoring-Ausschüssen zu prüfen, ob die Neutralität und Unabhängigkeit der Selbsthilfeorganisation gefährdet ist. In diesem Fall ist die betreffende Selbsthilfeorganisation verpflichtet, dem zuständigen Monitoring Ausschuss zeitnah eine Mitteilung über die Hintergründe der Überschreitung der Grenze von 15 % zu übermitteln.

Es erfolgt eine Beratung, die in eine Zielvereinbarung einmündet, um langfristig zu einer Reduzierung des Anteils auf unter 15 % zu kommen.

3. Information und inhaltliche Neutralität

a. In Kooperationen mit Unternehmen der pharmazeutischen Industrie, Anbietern von Heil- und Hilfsmitteln sowie Dienstleistungen und anderen Unternehmen, die Produkte für behinderte und chronisch kranke Menschen herstellen oder vertreiben, wird auf eine eindeutige Trennung zwischen Informationen der Selbsthilfeorganisation, Empfehlungen der Selbsthilfeorganisation und Werbung des Unternehmens geachtet. Die Selbsthilfeorganisationen informieren über Angebote, beteiligen sich aber nicht an der Werbung.

Werbung von Wirtschaftsunternehmen ist grundsätzlich zu kennzeichnen.

b. Die Selbsthilfeorganisation gibt grundsätzlich weder Empfehlungen für einzelne Medikamente, Medikamentengruppen oder Medizinprodukte, noch Empfehlungen für bestimmte Therapien oder diagnostische Verfahren ab.

Die Abgabe einer Empfehlung ist nur dann möglich, wenn diese auf dem Bewertungsergebnis anerkannter und neutraler Expertengremien beruhen. Die Zusammensetzung der Gremien muss öffentlich transparent sein. Ihre Ergebnisse müssen transparent und nachvollziehbar sein.

Informationen von Wirtschaftsunternehmen werden kenntlich gemacht sowie nicht unkommentiert weitergegeben.

c. Die Selbsthilfeorganisation informiert über die Erfahrungen von Betroffenen mit Medikamenten, Medizinprodukten, Therapien und diagnostischen Verfahren.

d. Die Selbsthilfeorganisation informiert auch über die Vielfalt des Angebotes und über neue Entwicklungen im Bereich der Prävention, Diagnostik, Behandlung und Rehabilitation unter Angabe der Quellen.

e. Die Selbsthilfeorganisation ist in ihrer fachlichen Arbeit unabhängig und nicht an medizinische Fachrichtungen gebunden.

4. Kommunikationsrechte

a. Die Selbsthilfeorganisation gewährt ggf. Wirtschaftsunternehmen in schriftlichen Vereinbarungen Kommunikationsrechte, wie z.B. das Recht auf die Verwendung des Vereinsnamens oder des Logos in Publikationen, Produktinformationen, Internet, Werbung oder auf Veranstaltungen. Tatsache und Gegenstand dieser Vereinbarungen werden veröffentlicht. Ausgeschlossen wird die unmittelbare oder mittelbare Bewerbung von Produkten, Produktgruppen oder Dienstleistungen zur Diagnostik und Therapie von chronischen Erkrankungen oder Behinderungen.

Die schriftlichen Vereinbarungen enthalten eindeutige Beschreibungen, welcher Partner in welchem Zusammenhang Namen bzw. Logo des anderen Partners verwenden darf und wo die Grenzen gezogen werden. Eine Formulierung wie: „Der Sponsor verpflichtet sich, keine Maßnahmen zu treffen, die den Ideen und dem Ansehen der Selbsthilfeorganisation Schaden zufügen“ bietet in der Vereinbarung einen umfassenden Schutz für die Interessen der Selbsthilfeorganisation.

b. Das Gebot der Transparenz gebietet, dass grundsätzlich im Rahmen der gemeinsamen Aktion auf die Unterstützung durch das Wirtschaftsunternehmen hingewiesen wird, ohne jedoch im Sinne der Grundsätze des BMF für ertragssteuerrechtliche Behandlung des Sponsoring vom 18.02.1998 und des darauf beruhenden Erlasses des Finanzministeriums Bayerns vom 11.02.2000 aus steuerlicher Sicht Werbung im aktiven Sinne zu betreiben.

c. Eine Verwendung des Logos und des Namens der Selbsthilfeorganisation darf nur mit ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Selbsthilfeorganisation erfolgen. Das Logo muss dann originalgetreu verwendet werden. Abweichungen oder Änderungen sind nicht zulässig. Die Verwendung darf nur für den konkret vereinbarten Zweck erfolgen.

Ebenso kann die Selbsthilfeorganisation das Logo des Wirtschaftsunternehmens verwenden. Die Abgrenzung von jeglicher Produktwerbung ist dabei zu beachten.

d. Im Folgenden sind übliche Aktionsfelder für Kommunikationsrechte zwischen Wirtschaftsunternehmen und Selbsthilfeorganisationen aufgeführt. Die Liste versteht

sich als beispielhafte und nicht abschließende Nennung von Kooperationsmöglichkeiten.

• **Veranstaltungen von Selbsthilfeorganisationen**

Die Selbsthilfeorganisation trägt dafür Sorge, dass bei von ihr organisierten und durchgeführten Veranstaltungen stets die Neutralität und Unabhängigkeit gewahrt bleibt. Dieser Anspruch gilt auch für organisatorische Fragen. Die Auswahl des Tagungsortes und der Rahmen der Veranstaltung wird von der Selbsthilfeorganisation bestimmt. Reisekosten orientieren sich grundsätzlich am Bundes- bzw. Landesreisekostengesetz. Sofern Honorare gezahlt werden sind diese maßvoll zu bemessen. Dabei kann die Honorarordnung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge herangezogen werden. Daten von Teilnehmenden an Veranstaltungen werden nicht an Wirtschaftsunternehmen weitergegeben.

Bei der Festlegung der Inhalte und bei der Auswahl der Referenten achtet die Selbsthilfeorganisation insbesondere darauf, dass die Sachverhalte objektiv dargestellt und behandelt werden. Dies schließt eine einseitige Darstellung zu Gunsten eines bestimmten Unternehmens, einer bestimmten Therapie oder eines bestimmten Produktes grundsätzlich aus. Die Selbsthilfeorganisation trägt Sorge dafür, dass die behandelten Themenbereiche nicht allein von Referenten, die bei dem jeweiligen Sponsor angestellt sind oder vom dem jeweiligen Sponsor finanziell abhängig sind, behandelt werden.

• **Veranstaltungen von Wirtschaftsunternehmen**

Die Selbsthilfeorganisation trägt dafür Sorge, dass auch im Rahmen von Veranstaltungen von Wirtschaftsunternehmen stets die Neutralität und Unabhängigkeit der Selbsthilfeorganisation gewahrt bleibt. Die schriftliche Vereinbarung regelt, in wie weit der Name oder das Logo der Selbsthilfeorganisation auf Veranstaltungen des Wirtschaftsunternehmens benutzt werden darf. Werbung für ein konkretes Produkt, Produktgruppen oder Dienstleistungen wird dabei ausdrücklich ausgeschlossen. Reisekosten orientieren sich grundsätzlich am Bundes- bzw. Landesreisekostengesetz. Sofern Honorare gezahlt werden, sind diese maßvoll zu bemessen. Dabei kann die Honorarordnung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge herangezogen werden.

• **Publikationen von Selbsthilfeorganisationen**

Sollte eine Publikation mit der Unterstützung durch ein Wirtschaftsunternehmen entstanden sein, wird auf den Druckerzeugnissen – z.B. mit der Formulierung: „mit freundlicher Unterstützung von.....“ – auf die Unterstützung hingewiesen. Dabei können das Logo oder der Schriftzug des Wirtschaftsunternehmens verwandt werden, soweit dies ohne besondere Hervorhebung erfolgt.

- **Publikationen von Wirtschaftsunternehmen**

Das Wirtschaftsunternehmen kann den Abdruck des Logos der Selbsthilfeorganisation in seinen Publikationen oder auf Plakaten veranlassen, soweit dies in der schriftlichen Vereinbarung festgehalten wurde. Die Vereinbarung schließt aus, dass auf diesem Wege mittel- oder unmittelbar Werbung für Produkte, Produktgruppen oder Dienstleistungen betrieben wird.

- **Internetauftritte von Selbsthilfeorganisationen**

Die Selbsthilfeorganisation kann auf ihrer Homepage auf die Unterstützung durch Wirtschaftsunternehmen hinweisen. Eine aktivierte Verlinkung von einer Homepage der Selbsthilfeorganisation auf die Homepage eines Wirtschaftsunternehmens wird von den Steuerbehörden als aktive Werbung gewertet und stellt aus steuerlicher Sicht einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb dar. Im Einzelnen wird auf den Erlass des Finanzministeriums Bayern vom 11.02.2000 verwiesen.

- **Internetauftritte von Wirtschaftsunternehmen**

Wirtschaftsunternehmen können in ihrem Internetauftritt auf die Selbsthilfeorganisationen verweisen und auch direkt verlinken. Sie sollten die Selbsthilfeorganisationen über diesen Schritt informieren und auch akzeptieren, wenn eine solche Verlinkung nicht gewünscht wird. Eine Verlinkung zum download-Bereich der Selbsthilfeorganisation verursacht Kosten bei der Selbsthilfeorganisation und ist in einer schriftlichen Vereinbarung zu regeln.

- **Eigenwerbung von Selbsthilfeorganisationen**

Selbsthilfeorganisationen können in ihrer Eigenwerbung auf die Unterstützung von Wirtschaftsunternehmen hinweisen. Umfang und Art und Weise werden in der schriftlichen Vereinbarung festgehalten. Der Hinweis geschieht in der Form, dass es sich im steuerrechtlichen Sinne nicht um aktive Werbung handelt. Ein Zusammenhang mit Produkt-, Produktgruppen und Dienstleistungswerbung wird ausgeschlossen.

- **Eigenwerbung von Wirtschaftsunternehmen**

Die Selbsthilfeorganisation kann den unterstützenden Wirtschaftsunternehmen anbieten, die im Rahmen der geschlossenen Vereinbarungen erfolgten Zuwendungen öffentlich zu dokumentieren und damit zu werben.

5. Zuwendungen

a. Die Selbsthilfeorganisation kann finanzielle Zuwendungen entgegennehmen. Dabei wird die Selbsthilfeorganisation nicht in Abhängigkeit von bestimmten Wirtschaftsunternehmen oder von einer bestimmten Person geraten. Die Selbsthilfeorganisation achtet bei der Förderung durch Wirtschaftsunternehmen und Privatpersonen insbesondere darauf, dass eine Beendigung der Unterstützung weder den Fortbestand noch den Kernbereich der satzungsgemäßen Arbeit der Selbsthilfeorganisation gefährden kann.

b. Die Selbsthilfeorganisation trifft ggf. auch Sponsoring-Vereinbarungen mit Wirtschaftsunternehmen. Unter Sponsoring ist dabei die Gewährung von Geld, geldwerten Vorteilen, Sachzuwendungen oder ideeller Unterstützung durch Unternehmen zur Förderung der Selbsthilfeorganisation zu verstehen, wenn damit auch eigene unternehmensbezogene Ziele der Werbung oder der Öffentlichkeitsarbeit des Unternehmens verfolgt werden. Die Selbsthilfeorganisation sichert ihre Unabhängigkeit gegenüber Sponsoren dadurch ab, dass Sponsoring-Vereinbarungen, die Zuwendungen in nicht unerheblichen Umfang zum Gegenstand haben, schriftlich fixiert und die Zuwendungen transparent gemacht werden.

Sollte mit einem Unternehmen eine Sponsoring Vereinbarung getroffen werden, sind die geltenden steuerrechtlichen Vorschriften, insbesondere im Hinblick auf die Gemeinnützigkeit von Vereinen, und die eindeutige Zuordnung zum entsprechenden Tätigkeitsbereich zu beachten.

c. Soweit Projekte einer Selbsthilfeorganisation mit über der Hälfte der dafür notwendigen Sach- und Finanzmittel von einem oder mehreren Wirtschaftsunternehmen ausgestattet sind, werden diese in geeigneter Weise öffentlich ausgewiesen.

d. Die Selbsthilfeorganisation informiert in geeigneter Weise über Organvertreter, die außerhalb ihrer Rolle als Mitglied der Mitgliederversammlung von Wirtschaftsunternehmen Leistungen erhalten.

6. Unterstützung der Forschung

a. Die Selbsthilfeorganisation begrüßt Forschungsanstrengungen, die einer Verbesserung der Situation chronisch kranker und behinderter Menschen dienen.

b. Die Selbsthilfeorganisation ist grundsätzlich bereit, sich mit ihrer Fachkompetenz an solchen Forschungsprogrammen, insbesondere an klinischen Studien zu beteiligen, sowie über solche Forschungsprogramme, insbesondere klinische Studien, zu berichten, um über ihre Mitgliedsverbände so die Beteiligung von Probanden an den Forschungsprogrammen bzw. Studien zu ermöglichen. Eine solche Unterstützung setzt jedoch voraus, dass die Informationen über das Forschungs- und Studiendesign sowie über die laufenden Ergebnisse der Forschungsprogramme bzw. Studien die Informationen gegenüber der Selbsthilfeorganisation vollständig offen gelegt werden. Des Weiteren hält die Selbsthilfeorganisation die Übernahme der Kosten für die genannten Unterstützungsmaßnahmen durch die betreffenden Unternehmen für geboten. Die Selbsthilfeorganisationen unterstützen insbesondere Studien, die bei

Studienregistern registriert werden und bei denen Design und Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

c. Die Selbsthilfeorganisation versucht ihrerseits, im Interesse chronisch kranker und behinderter Menschen auf die Firmenpolitik (Studiendesigns, Produkteigenschaften, Marketing, etc.) der Unternehmen Einfluss zu nehmen.

7. Monitoring

a. Die BAG Selbsthilfe und der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband mit seinem FORUM beraten aktiv neue Mitglieder im Zusammenhang mit der Unterzeichnung der Leitsätze, im Übrigen auch andere Mitglieder über Zielsetzung und Regelungsgehalt der Leitsätze.

b. Mindestens einmal im Jahr kommen Vertreter beider Organisationen zusammen, um über die Erfahrungen in der Anwendung der Leitsätze in der Praxis und notwendige Weiterentwicklung zu beraten. Die Ergebnisse dieser Fachaustausche werden öffentlich gemacht.

c. Bei Verstößen gegen die Leitsätze werden die betreffenden Organisationen von ihren Dachorganisationen aktiv angesprochen und zu einem Beratungsgespräch eingeladen. Die im Beratungsgespräch getroffenen Vereinbarungen werden dokumentiert und darüber in den Fachaustauschen informiert.

d. Die Selbsthilfeorganisationen beraten und informieren regelmäßig ihre ihnen angeschlossenen Untergliederungen (Selbsthilfegruppen), z. B. in geeigneten Veranstaltungen und Publikationen, um haupt- und ehrenamtliche Mitglieder mit den erforderlichen Verfahrensregeln vertraut zu machen.

e. Selbsthilfeorganisationen, die diesen Leitsätzen beigetreten sind, werden in einer Übersicht zusammengefasst. Diese wird in der aktuellen Fassung in geeigneter Weise veröffentlicht.

Den Selbsthilfeorganisationen wurde eine Übergangsfrist bis 31.12.2007 bzgl. der Ursprungsfassung der Leitsätze eingeräumt, um ggf. abweichende eigene Regelungen anzupassen. Durch Beschluss der Mitgliederversammlung der BAG SELBSTHILFE am 28. 4. 2012 und Beschluss des FORUMs im PARITÄTISCHEN vom 25. 4. 2012 wurden die Leitsätze abgeändert; die Leitsätze sind nunmehr in der vorliegenden Form von den Mitgliedsverbänden zu ratifizieren.

Darüber hinausgehende Regelungen von Selbsthilfeorganisationen haben weiterhin Geltung.

9. Aktualisierte Geschäftsordnung i. d. F. v. 28.04. 2012



Forum chronisch kranker und
behinderter Menschen

Monitoring-Gruppe

zur Anwendung der

„Leitsätze der Selbsthilfe für die Zusammenarbeit mit Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Organisationen und Wirtschaftsunternehmen, insbesondere im Gesundheitswesen“ von BAG SELBSTHILFE und FORUM im PARITÄTISCHEN

GESCHÄFTSORDNUNG

der Monitoring-Gruppe von FORUM im PARITÄTISCHEN und BAG SELBSTHILFE zur Anwendung der Leitsätze der Selbsthilfe für die Zusammenarbeit mit Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Organisationen und Wirtschaftsunternehmen, insbesondere im Gesundheitswesen

in der Fassung vom 28. 4. 2012

Präambel

Die im FORUM im PARITÄTISCHEN und in der BAG SELBSTHILFE zusammen geschlossenen Selbsthilfeorganisationen chronisch kranker und behinderter Menschen setzen sich mit all ihren Ressourcen umfassend für ihre Mitglieder ein. Dies gilt ebenfalls für das FORUM im PARITÄTISCHEN und die BAG SELBSTHILFE als Dachorganisationen der verbandlichen Selbsthilfe in Deutschland. Um ihre Aufgaben für die chronisch kranken und behinderten Menschen sachgerecht wahrnehmen zu können, ist es für die Selbsthilfe unabdingbar, ihre Neutralität und Unabhängigkeit strikt zu wahren. Aus diesem Grunde hat die Selbsthilfe verbindliche Leitsätze für die Zusammenarbeit mit Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Organisationen und Wirtschaftsunternehmen, insbesondere im Gesundheitswesen, verabschiedet und ein Monitoring-Verfahren beschlossen, das der beratenden Begleitung, der Weiterentwicklung der Leitsätze und der Sanktionierung von Verstößen gegen die Leitsätze dient. Mit der nachfolgenden Geschäftsordnung werden die für das Monitoring-Verfahren notwendigen Regelungen getroffen.

§ 1 Aufgaben und Gremien

- (1) Die Bestimmungen dieser Geschäftsordnung dienen der Umsetzung, beratenden Begleitung und Sanktionierung der „Leitsätze der Selbsthilfe für die Zusammenarbeit mit Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Organisationen und Wirtschaftsunternehmen, insbesondere im Gesundheitswesen“ (nachfolgend „Leitsätze“ genannt) gegenüber den Mitgliedsverbänden im FORUM im PARITÄTISCHEN und in der BAG SELBSTHILFE und, soweit recht-

lich möglich, deren Untergliederungen sowie den ihnen zuzuordnenden juristischen Personen (z.B. gGmbH). Die Mitgliedsverbände sind verpflichtet, auch auf rechtlich selbstständige Untergliederungen und sonstige rechtlich oder organisatorisch angegliederte juristische Personen einzuwirken, damit sich auch diese leitsatzgetreu verhalten.

- (2) Zur Erfüllung der in § 1 Abs. 1 genannten Aufgaben haben das FORUM im PARITÄTISCHEN und die BAG SELBSTHILFE jeweils einen Monitoring-Ausschuss (nachfolgend „Ausschuss FORUM“ und „Ausschuss BAG SELBSTHILFE“ genannt) eingesetzt. Beide Ausschüsse bilden gemeinsam die (Gesamt)-Monitoring-Gruppe von FORUM im PARITÄTISCHEN und BAG SELBSTHILFE.
- (3) Die Mitglieder der Ausschüsse „FORUM“ und „BAG SELBSTHILFE“ werden vom Sprecher des FORUMS im PARITÄTISCHEN bzw. vom Vorstand der BAGSELBSTHILFE nach einem entsprechenden Beschluss der jeweiligen Mitgliedsverbände im FORUM im PARITÄTISCHEN bzw. der Mitgliederversammlung der BAG SELBSTHILFE berufen. Beide Ausschüsse haben jeweils 9 Mitglieder. Doppelmitgliedschaften in beiden Ausschüssen sind möglich, führen in der (Gesamt)-Monitoring Gruppe aber nicht zur Stimmenverdopplung. Die Amtsperiode für die Ausschussmitglieder dauert vier Jahre und entspricht grundsätzlich der Wahlperiode des Vorstands der BAG SELBSTHILFE bzw. des Sprechers des FORUMS im PARITÄTISCHEN. Eine mehrfache Berufung in zwei aufeinander folgenden Amtsperioden ist möglich.
- (4) (4) Neue Mitglieder des „Ausschuss FORUM“ und des „Ausschuss BAG SELBSTHILFE“ werden durch den Sprecher des FORUM im PARITÄTISCHEN bzw. durch den Vorstand der BAG SELBSTHILFE nach einem entsprechenden Beschluss des FORUMS im PARITÄTISCHEN bzw. der Mitgliederversammlung der BAG SELBSTHILFE benannt. Vorschlagsrecht haben die Mitgliedsverbände des jeweiligen Dachverbandes. Für das Ausscheiden von Mitgliedern aus den Ausschüssen „FORUM“ und „BAGSELBSTHILFE“ gilt entsprechendes.
- (5) Die Mitglieder der Ausschüsse „FORUM“ und „BAG SELBSTHILFE“ wählen aus ihren Reihen jeweils einen Vorsitzenden sowie einen Stellvertreter für die Dauer von 2 Jahren. Die Vorsitzenden der Ausschüsse sind gleichzeitig Vorsitzende/r und stellvertretende/r Vorsitzende/r der (Gesamt)-Monitoring-Gruppe, wobei jede der beiden Personen für ein Jahr den Vorsitz innehat. Der Vorsitz über die konstituierende Sitzung der (Gesamt)-Monitoring-Gruppe wird per Los entschieden.
- (6) Die Geschäftsführung der Ausschüsse „FORUM“ und „BAG SELBSTHILFE“ und der (Gesamt)-Monitoring-Gruppe obliegt den Geschäftsstellen des FORUM im PARITÄTISCHEN und der BAG SELBSTHILFE. Die Geschäftsstellen tragen dafür Sorge, dass die Einladung sowie die Tagesordnung und die erforderlichen Sitzungsunterlagen 14 Tage vor der Sitzung den jeweiligen Gremien-Mitgliedern zugehen.

§ 2 Aufklärung und Information

(1) Die (Gesamt)-Monitoring-Gruppe hat folgende Aufgaben zu erfüllen:

- Aufklärung und Information der Mitgliedsverbände über die Umsetzung und Auslegung der Leitsätze
- Beantwortung von Anfragen der Mitgliedsverbände zur Umsetzung und Auslegung der Leitsätze
- Analyse der Beratungsverfahren nach § 5
- Erarbeitung von Informationsmaterialien und –kampagnen für Presse- und Öffentlichkeit zu den Aktivitäten der Selbsthilfe im Zusammenhang mit den Weiterentwicklung der Leitsätze im Sinne eines lernenden Systems angesichts vielfältiger Anwendungserfahrungen
- Kontaktaufnahme/Meinungsaustausch mit Experten aus dem Bereich der Korruptionsbekämpfung

(2) Jeder Mitgliedsverband hat den Anspruch, von der (Gesamt)-Monitoring-Gruppe zur bestmöglichen Umsetzung der Leitsätze aufgeklärt und informiert zu werden. Anfragen zur Umsetzung und Auslegung der Leitsätze sind von der (Gesamt)-Monitoring-Gruppe zeitnah zu beantworten, soweit das Anliegen nicht über eine Prüfbitte beim nach § 3 zuständigen Ausschuss schneller und umfassender bearbeitet werden kann.

(3) Zur Erfüllung der in Absatz 1 genannten Aufgaben tritt die (Gesamt)-Monitoring-Gruppe zu regelmäßigen Sitzungen, jedoch zumindest einmal pro Kalenderjahr zusammen. Zur Erfüllung einzelner Aufgaben zur Bearbeitung abgrenzbarer Arbeitspakete können Arbeitsgruppen gebildet werden. Bei Bedarf kann die (Gesamt)-Monitoring-Gruppe zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch externe Sachverständige heran ziehen.

§ 3 Beratungsverfahren

(1) Jedermann kann Prüfbitten oder Beanstandungen beim „Ausschuss FORUM“ oder beim „Ausschuss BAG SELBSTHILFE“ einreichen, ein Mitgliedsverband des FORUM im PARITÄTISCHEN bzw. der BAG SELBSTHILFE könne gegen die in den Leitsätzen niedergelegten Grundsätze verstoßen haben (Beanstandung) bzw. ein bestimmtes Verhalten könne im Falle seiner Umsetzung zu einem solchen Verstoß führen (Prüfbitte).

(2) Der „Ausschuss FORUM“ und der „Ausschuss BAG SELBSTHILFE“ können auch von sich aus ein Beratungsverfahren gegenüber einem Mitgliedsverband einleiten.

(3) Prüfbitten und Beanstandungen sind schriftlich an die Vorsitzenden der Ausschüsse zu richten und zu begründen. Es sollten möglichst relevante Unterlagen beigefügt werden, aus denen der zur Beratung anstehende Sachverhalt klar hervorgeht. Anonyme Beanstandungen, die sich auf das Verhalten anderer Verbände beziehen, werden von den Ausschüssen nicht bearbeitet. Der beanstandende Verband kann aber im Rahmen der Beanstandung verlangen,

gegenüber dem Verband, dessen Verhalten beanstandet wird, anonym zu bleiben.

§ 4 Ablauf des Beratungsverfahrens

- (1) Der „Ausschuss FORUM“ befasst sich ausschließlich mit Prüfbitten und Beanstandungen gegen Mitgliedsverbände des FORUM im PARITÄTISCHEN, und der Ausschuss BAG SELBSTHILFE“ befasst sich ausschließlich mit Prüfbitten und Beanstandungen gegen Mitgliedsverbände der BAG SELBSTHILFE. Verbände mit Doppelmitgliedschaft können wählen, welcher Ausschuss tätig werden soll. Ansonsten ist bei Verbänden mit Doppelmitgliedschaft der angerufene Ausschuss zuständig. Über eingereichte Prüfbitten und Beanstandungen haben sich die Vorsitzenden wechselseitig zu informieren.
- (2) Sofern eine Prüfbite oder Beanstandung nach Maßgabe von Abs. 1 an den zutreffenden Ausschuss gerichtet wurde, hat der Ausschuss-Vorsitzende zu prüfen, ob es sich um einen Sachverhalt handelt, der den Anfangsverdacht auf einen Verstoß gegen die Leitsätze begründet bzw. ob es sich um ein geplantes Verhalten handelt, das einen Verstoß gegen die Leitsätze begründet (Vorprüfungsverfahren). Sollte beides nicht der Fall sein, dann erteilt der Vorsitzende dem Beanstandenden bzw. demjenigen, der die Prüfbite vorgelegt hat, einen entsprechenden schriftlichen Bescheid innerhalb von zwei Wochen nach Zugang des Beanstandungsschreibens bzw. der Prüfbite. Auch der Verband, dessen Verhalten beanstandet worden war, erhält in gleicher Frist einen entsprechenden schriftlichen Bescheid. Der Vorsitzende hat den Ausschussmitgliedern im Rahmen der nachfolgenden Ausschuss-Sitzung über die Bescheide nach Absatz 2 Sätze 2 und 3 Bericht zu erstatten. Auf Wunsch eines Ausschuss-Mitgliedes kann jeder der den Bescheiden zugrunde liegenden Sachverhalte im Ausschuss nochmals beraten werden.
- (3) Stellt der Vorsitzende des zutreffenden Ausschusses im Rahmen des Vorprüfungsverfahrens nach Absatz 2 fest, dass der Anfangsverdacht eines Verstoßes gegen die Leitsätze besteht bzw. dass das in der Prüfbite beschriebene geplante Verhalten einen Verstoß gegen die Leitsätze begründen könnte, dann leitet der Ausschuss-Vorsitzende die Beanstandung bzw. die Prüfbite in nicht-anonymisierter Form den Ausschussmitgliedern mit der Bitte um Prüfung zu. Er hat innerhalb von 3 Monaten nach Versendung der Unterlagen eine Sitzung des Ausschusses anzuberaumen, in der vom Ausschuss festzustellen ist, ob ein Verstoß gegen die Leitsätze vorliegt (Hauptprüfung). Die Ausschüsse nach Absatz 1 tagen zumindest zweimal pro Kalenderjahr. Die Ausschüsse nach Absatz 1 können auch in Form von Telefon- oder Videokonferenzen tagen.
- (4) Sollte in der Sitzung nach Absatz 3 kein Verstoß festgestellt werden, dann ist der Beanstandende hierüber innerhalb eines Monats in schriftlicher Form zu unterrichten. Auch der Verband, dessen Verhalten beanstandet worden war, ist in gleicher Frist in schriftlicher Form zu unterrichten. Sollte in der Sitzung nach Abs. 3 ein Verstoß festgestellt werden, dann ist dies dem betreffenden Mitgliedsverband im Wege eines Beratungsschreibens mitzuteilen mit der Nachfrage, ob an dem beanstandeten Vorgehen dort festgehalten wird. Hier-

für ist eine Antwort von einem Monat zu gewähren. Sollte in der Sitzung nach Absatz 3 festgestellt werden, dass eine weitere Sachverhaltsaufklärung erforderlich ist, dann sind der Beanstandende und der betroffene Verband unverzüglich aufzufordern, weitere Sachauskünfte zu erteilen. Es besteht eine umfassende Auskunftspflicht des betroffenen Verbandes. Für die Überprüfung notwendige Unterlagen sind umgehend bei zu bringen. Um dieser Auskunftspflicht nachzukommen, ist dem Verband eine Antwortfrist von einem Monat zu gewähren. Bei Vorliegen eines sachlichen Grundes kann Fristverlängerung gewährt werden.

Verweigert ein Verband trotz zweifacher schriftlicher Aufforderung mit Fristsetzung die Mitwirkung an der Sachverhaltsaufklärung oder bringt trotz zweifacher schriftlicher Aufforderung mit Fristsetzung keine oder unzureichende Unterlagen zur Sachverhaltsaufklärung bei, so ist der zuständige Ausschuss berechtigt, die mangelnde Kooperationsbereitschaft des Verbandes auf der jeweiligen Homepage der BAG SELBSTHILFE oder des FORUMs im PARITÄTISCHEN zu veröffentlichen. Die Teilnahme an einem Gespräch zur Sachverhaltsaufklärung nach § 4 Abs. 5 S. 2 GO gilt dann als Mitwirkung an der Sachverhaltsaufklärung, wenn gleichzeitig die fehlenden Unterlagen eingereicht werden.

- (5) Erklärt der betroffene Verband auf die Nachfrage nach Abs. 4 Satz 2, dass er an dem beanstandeten Vorgehen festhalten wird oder verweigert er eine Rückantwort, dann wird er nach Fristablauf innerhalb von zwei Wochen eingeladen, einen vertretungsberechtigten Vertreter in die nächste turnusmäßige Ausschusssitzung zu entsenden (Beratungsgespräch). Entsprechendes gilt, wenn der betroffene Verband keine oder unzureichende Sachauskünfte im Sinne von Abs. 4 Satz 4 liefert. Erklärt der betroffene Verband hingegen auf die Nachfragen nach Abs. 4 Satz 2, dass er an dem beanstandeten Vorgehen nicht festhalten wird, dann ist der Beanstandende hierüber innerhalb eines Monats in schriftlicher Form zu unterrichten. Entsprechendes gilt, wenn der betroffene Verband Sachauskünfte fristgerecht liefert, die belegen, dass kein Verstoß gegen die Leitsätze vorgelegen hat. Auch im Beratungsgespräch gilt eine umfassende Auskunftspflicht des betroffenen Verbandes. Für die Überprüfung notwendige Unterlagen sind rechtzeitig beizubringen.
- (6) Kann im Beratungsgespräch nach Absatz 5 eine Absprache getroffen werden, die ein künftiges leitsatzgetreues Verhalten des Verbandes sicherstellt, dann ist der Beanstandende hierüber innerhalb von zwei Wochen in schriftlicher Form zu unterrichten. Die Absprache wird schriftlich dokumentiert und dem betroffenen Verband innerhalb von zwei Wochen ebenfalls übersandt. Der Ausschuss kann von sich aus beschließen, zu einem späteren Zeitpunkt eine Überprüfung vor zu nehmen, ob das in Rede stehende Verhalten tatsächlich aufgegeben wurde. Sollte dann eine Wiederholung des in Rede stehenden Verhaltens festgestellt werden, erfolgt eine Sanktion nach Absatz 7. Geht es bei dem in Redestehenden Verhalten um die Gestaltung einer Publikation, so ist die Neuauflage der Publikation nach dem Beratungsgespräch im Sinne von Satz 3 zu prüfen.
- (7) Kann in dem Beratungsgespräch nach Abs. 5 keine Absprache im Sinne von Absatz 6 Satz 1 getroffen werden oder erscheint gar kein Vertreter des einge-

ladenen Verbandes, dann berät der Ausschuss über mögliche Sanktionen, wie beispielsweise die Veröffentlichung des den Verstoß betreffenden Beschlusses der Monitoring-Gruppe auf den Internetseiten des jeweiligen Dachverbandes oder in besonders schwerwiegenden Fällen auch der Empfehlung zum satzungsgemäßen Ausschluss des Verbandes aus dem jeweiligen Dachverband. Eine Veröffentlichung des den Verstoß betreffenden Beschlusses der Monitoring-Gruppe auf den Internetseiten des jeweiligen Dachverbandes ist auch möglich, wenn der betroffene Verband zwischenzeitlich durch Kündigung der Mitgliedschaft oder Auflösung aus dem jeweiligen Dachverband ausgeschieden ist. Verweigert ein Verband den Abschluss einer Zielvereinbarung zur Reduzierung des Zuwendungsanteils gemessen am Gesamthaushalt des Verbandes auf unter 40 % oder reagiert auf eine zweifache schriftliche Aufforderung mit Fristsetzung und Einladung zum Beratungsgespräch nicht, dann ist der zuständige Ausschuss berechtigt, die mangelnde Kooperationsbereitschaft des Verbandes und die Überziehung der 40 %-Grenze auf der jeweiligen Homepage der BAG SELBSTHILFE oder des FORUMS im PARITÄTISCHEN zu veröffentlichen.

Die Fristsetzungen nach §§ 4 Abs. 5 S. 1 und 4 Abs. 7 S. 3 müssen angemessen sein, d. h. sie dürfen nicht kürzer als drei Wochen sein. Bei Vorliegen eines sachlichen Grundes kann Fristverlängerung gewährt werden.

- (8) Beschlüsse nach Absatz 6 und 7 können mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Ausschusses gefasst werden, wobei aber Beschlussfähigkeit erst dann besteht, wenn mehr als die Hälfte der benannten Ausschussmitglieder anwesend sind. Der Beschluss ist dem betroffenen und dem jeweiligen Dachverband in schriftlicher Form innerhalb von zwei Wochen zu übersenden.
- (9) Über die Sitzungen nach Abs. 3 und Abs. 5 sind Protokolle anzufertigen, die den wesentlichen Inhalt der Beratungen wiedergeben. Die Protokolle sind vom Vorsitzenden zu unterzeichnen und den Ausschussmitgliedern sowie dem Verband, dessen Verhalten in der jeweiligen Sitzung beraten wurde, zu übersenden. Die Protokolle gelten von den Sitzungsteilnehmern als genehmigt, wenn nicht gegenüber der Geschäftsstelle des jeweiligen Dachverbands innerhalb von zwei Wochen nach Zugang Widerspruch erhoben wird. Auf Antrag, der spätestens zwei Wochen vor der jeweiligen Sitzung beim Ausschussvorsitzenden zu stellen ist, hat der Vorsitzende in der Sitzung den Antrag zur Beschlussfassung zu stellen, die Sitzung auf Tonband aufzunehmen. Ein entsprechender Beschluss kann dann nur einstimmig von den Anwesenden gefasst werden. Die ggf. angefertigte Tonbandaufnahme ist vom Vorsitzenden zu verwahren, kann in einer der folgenden Sitzungen des Ausschusses zu Beweis Zwecken teilweise abgespielt werden und ist nach Abschluss des Verfahrens vom Vorsitzenden zu vernichten.

§ 5 Analyse der Beratungsverfahren

- (1) Jeweils zum Ende des Kalenderjahres leiten die Ausschussvorsitzenden den Mitglieder der (Gesamt)-Monitoring-Gruppe eine Aufstellung zu, aus der sich in anonymisierter Form die Gegenstände und das jeweilige Ergebnis der Beratungsverfahren aus den letzten 12 Monaten ergeben.

- (2) Innerhalb von drei Monaten nach Übersendung der Aufstellungen tritt die (Gesamt)-Monitoring-Gruppe zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um das Beratungsgeschehen auszuwerten und um über eventuellen Konkretisierungsbedarf oder Änderungsbedarf hinsichtlich der Leitsätze und/oder des Monitoring-Verfahrens zu beraten.

§ 6 Prüfverfahren

Der nach § 3 Absatz 1 zuständige Ausschuss kann in der ersten Sitzung eines Kalenderjahres beschließen, die nichtstaatlichen Zuwendungen und die damit in Zusammenhang stehenden Aktivitäten sowie alle erwirtschafteten Eigenmittel eines Mitgliedsverbandes des entsendenden Dachverbandes einer kursorischen Überprüfung hinsichtlich der Beachtung der Leitsätze zu unterziehen. Von dieser Überprüfung umfasst sind auch, soweit dies rechtlich möglich ist, die Aktivitäten der Untergliederungen des Mitgliedsverbandes sowie die Aktivitäten der sonstigen, ihm zuzuordnenden juristischen Personen (z.B. gGmbH). Die hierbei untersuchten Sachverhalte werden wie Prüfbitten nach den §§ 3 und 4 bearbeitet. Der betroffene Verband ist verpflichtet, den Ausschuss-Mitgliedern hierzu Einsicht in die zur Überprüfung erforderlichen Unterlagen zu gewähren. Sollten nicht schon ein Verband oder mehrere Verbände eine Überprüfung nach § 5 Satz 1 erbeten haben, entscheidet das Los über die Auswahl des zu überprüfenden Verbandes. Die Überprüfung bezieht sich auf die Aktivitäten des Vorjahres und erfolgt im Laufe des jeweiligen Kalenderjahres.

§ 7 Pflichten der Mitglieder

- (1) Die Mitglieder der Ausschüsse bzw. der (Gesamt)-Monitoring-Gruppe sind verpflichtet, über ihre Tätigkeit nach §§ 2 – 4, die dabei erlangten Informationen sowie über alle übrigen Vorgänge, die ihrer Natur nach vertraulich sind oder ausdrücklich als solche bezeichnet werden, Stillschweigen zu bewahren. Soweit weitere Personen in die Arbeit der Ausschüsse bzw. der (Gesamt)-Monitoring-Gruppe einbezogen werden, sind diese vor Aufnahme ihrer Tätigkeit entsprechend zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (2) Die Mitglieder der Ausschüsse bzw. der (Gesamt)-Monitoring-Gruppe haben sich selbst für befangen zu erklären, wenn sie dem betroffenen Verband im Verfahren nach §§ 2 – 4 oder dem Beanstandenden als Mitglied oder Mitarbeiter angehören oder selbst an dem beanstandeten Vorgang beteiligt waren oder sind. Das befangene Mitglied wirkt dann nicht an den Beratungen des Ausschusses mit.
- (3) Die Ausschuss-Mitglieder bzw. die Mitglieder der (Gesamt)-Monitoring-Gruppe haben Sachverhalte, die ihre Neutralität und Unabhängigkeit von Wirtschaftsunternehmen gefährden können, gegenüber den übrigen Ausschuss-Mitgliedern schriftlich offenzulegen.
- (4) Verstöße gegen die Verpflichtungen nach Absatz 1 bis 3 führen zum Ausschluss aus der (Gesamt)-Monitoring-Gruppe bzw. aus dem entsprechenden Ausschuss. Die genannten Gremien haben dann entsprechend § 4 Absatz 8

einen Beschluss zu fassen, der von den Gremien nach § 1 Abs. 4 geprüft wird.

§ 8 Inkrafttreten.

Die vorstehende Geschäftsordnung tritt im Mai 2007 in Kraft. Sie wurde durch die Beschlüsse

- des 42. FORUM chronisch kranker und behinderter Menschen im PARI-TÄTISCHEN Gesamtverband am 25.04.2012 und
 - der Mitgliederversammlung der BAG SELBSTHILFE am 28.04.2012
- in der vorliegenden Form abgeändert.

10. Musterverträge



Forum chronisch kranker und
behinderter Menschen

Monitoring-Gruppe

zur Anwendung der

„Leitsätze der Selbsthilfe für die Zusammenarbeit mit Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Organisationen und Wirtschaftsunternehmen, insbesondere im Gesundheitswesen“ von BAG SELBSTHILFE und FORUM im PARITÄTISCHEN

Muster- Sponsoringvertrag I (keine aktive Werbung)

zwischen der Firma GmbH (Sponsor) und der Selbsthilfe e. V. wird folgende Vereinbarung geschlossen:

1. Das Projekt

Die Selbsthilfee. V. ist zuständig für die Neuauflage der Broschüre „.....“. Die Broschüre wurde im vergangenen Jahr neu erarbeitet und soll nun in einer Neuauflage mal gedruckt werden. Die Projektkosten belaufen sich auf insgesamt € gemäß beigefügter Kostenkalkulation. Das Projekt wird bis zum verwirklicht.

2. Die Leistungen des Sponsors

Die GmbH als Sponsor verpflichtet sich, das Projekt im Jahr 201... ? mit einer Zahlung von € zuzüglich der darauf anfallender Umsatzsteuer in Höhe von 7 (oder 19) %, die die Selbsthilfee. V. an das Finanzamt..... (Ort) abführt, zu unterstützen. Der Sponsor zahlt den Betrag in Höhe von

- € bis zum

auf das Konto Nr., BLZ bei derbank ein.

Der Sponsor hat die Möglichkeit, in seiner Kommunikationsarbeit auf das Projekt und die Unterstützung hinzuweisen. Die Selbsthilfe e.V. erhält alle Text- und Bildbeiträge, die sich auf das Projekt beziehen, vor der Veröffentlichung zur Druckfreigabe vorgelegt. Der Sponsor verpflichtet sich, keine Maßnahmen zu treffen, die den Ideen und dem Ansehen der Selbsthilfe e.V. Schaden zufügen.

3. Die Leistungen des Projektträgers

Die Selbsthilfe e. V. verpflichtet sich, die Gelder ausschließlich für die Broschüre „.....“ zu verwenden und den Sponsor in der Broschüre (auf Seite ? – mit Logo?) zu nennen.

Die Selbsthilfe e.V. weist in ihrer Kommunikationsarbeit zum Projekt in der Form auf die Unterstützung durch den Sponsor hin, dass es sich im steuerrechtlichen Sinne nicht um aktive Werbung handelt. Die redaktionelle Verantwortung für alle Veröffentlichungen im Rahmen des Projektes liegt bei der Selbsthilfe e. V.

(Bei Veranstaltungen hier die Haftungsfrage klären!)

4. Trennungsprinzip

Die Leistungserbringung und Vergütung erfolgen unabhängig von jeglichen Umsatzgeschäften. Sie verpflichten weder die Selbsthilfe e.V., noch Beschäftigte oder Mitglieder des Verbandes, Produkte des Sponsors zu empfehlen.

5. Nichterfüllung und Verzug

Der Vertrag tritt mit dem Datum der letzten Unterschrift in Kraft und endet nach Beendigung der Zusammenarbeit. Kommt die Selbsthilfe e.V. ihren Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht nach, so ist der Sponsoringbeitrag innerhalb von 2 Wochen nach schriftlicher Anforderung an den Sponsor zurückzuzahlen. Verletzt der Sponsor seine Verpflichtungen aus Nr. 2 S. 5 des Vertrages, ist die Selbsthilfe... e.V. berechtigt, den Vertrag außerordentlich ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen. Im Übrigen gelten die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches.

6. Schriftformerfordernis

Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung des Schriftformerfordernisses.

7. Sonstige Vereinbarungen

(Fakultativ) Gerichtsstand für alle sich aus diesem Vertrag ergebenden Streitigkeiten ist (Sitz der Selbsthilfe e.V.)

Mündliche Nebenabsprachen bestehen nicht. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Sollte eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so bleibt die Gültigkeit der anderen Bestimmungen hiervon unberührt. Die Parteien vereinbaren, anstelle der unwirksamen Klausel eine Vereinbarung zu treffen, die der unwirksamen Klausel wirtschaftlich entspricht. Im Falle einer Lücke dieses Vertrages gilt das Gleiche.

Beide Vertragspartner wahren ihre inhaltliche, organisatorische und finanzielle Unabhängigkeit. Im Zuge der Transparenz dieser Kooperation erklären sich die Vertragspartner damit einverstanden, dass Sponsoringzweck und Sponsoringhöhe von beiden Partnern veröffentlicht werden können. Die Vertragspartner informieren sich gegenseitig vor einer Veröffentlichung. Entsprechend dem FSA Kodex wird die GmbH im Internet unter www.....de das Sponsoring veröffentlichen.

(Ort), den

(Ort), den

.....
(Firma)

.....
Selbsthilfe e. V.

Beiblatt zum Muster- Sponsoringvertrag I (keine aktive Werbung)

Hinweis:

Nachdem die Finanzämter die steuerliche Veranlagung bei Sponsoring Verträgen unterschiedlich handhaben, können im Rahmen dieses Vertrages keine Erläuterungen dazu abgegeben werden, ob 7 % oder 19 % Steuer anfallen. Fragen Sie ggf. hier bei Ihrem zuständigen Finanzamt an.

Muster-Sponsoringvertrag II

(aktive Werbung)

zwischen

Selbsthilfe e.V.
Vereinsstr. 1 und
11111 Musterstadt
(im Folgenden: der Gesponserte)

XYZ-Pharma AG
Arzneistr. 1
11111 Musterstadt
(im Folgenden: der Sponsor)

wird folgende Vereinbarung getroffen:

§ 1 Leistung des Sponsors

- (1) Der Sponsor unterstützt den Gesponserten mit finanziellen Leistungen in Höhe von EUR pro Monat / pro Jahr / einmalig.
- (2) Die Zahlungen erfolgen auf das Konto, BLZ bei dem Kreditinstitut zum
- (3) Der Sponsor verpflichtet sich, keinerlei Maßnahmen zu treffen, die den Ideen und dem Ansehen der Selbsthilfe e.V. Schaden zufügen.

§ 2 Leistung des Gesponserten

Als Gegenleistung verpflichtet sich der Gesponserte zu folgendem Tun oder Dulden:

(..... siehe Beiblatt)

§ 3 Laufzeit des Vertrages

Der Vertrag beginnt am und endet am Er verlängert sich um, wenn nicht bis zum von einem Vertragspartner schriftlich gekündigt wird.

§ 4 Außerordentliche Kündigung

- (1) Der Gesponserte hat das Recht, den Vertrag außerordentlich, ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen, wenn der Sponsor die vertraglich vereinbarten unter § 1 genannten Leistungen nicht erbringt.
- (2) Der Sponsor hat das Recht, den Vertrag außerordentlich, ohne Einhaltung einer Frist, zu kündigen, wenn der Gesponserte die vertraglich vereinbarten unter § 2 genannten Leistungen nicht erbringt.

§ 5 Umsatzsteuer

Die Leistungen an den Gesponserten unterfallen der Umsatzsteuer in Höhe von 19 Prozent. Die Umsatzsteuer ist in dem Sponsoringbetrag bereits enthalten/ nicht enthalten. Der Gesponserte verpflichtet sich, die Umsatzsteuer bei seinem zuständigen Finanzamt abzuführen.

§ 6 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, so wird dadurch die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung möglichst nahe kommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen beziehungsweise undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.

§ 7 Nebenabreden, Schriftform, Transparenz, Gerichtsstand

(1) Nebenabreden sind nicht geschlossen.

(2) Die Aufhebung, Änderung oder Ergänzung des Vertrages bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

(3) (*fakultativ*) Gerichtsstand für alle sich aus diesem Vertrag ergebenden Streitigkeiten ist (Sitz der Selbsthilfeorganisation).

(4) Beide Vertragspartner wahren ihre inhaltliche, organisatorische und finanzielle Unabhängigkeit. Im Zuge der Transparenz dieser Kooperation erklären sich die Vertragspartner damit einverstanden, dass Sponsoringzweck und Sponsoringhöhe von beiden Partnern veröffentlicht werden können. Die Vertragspartner informieren sich gegenseitig vor einer Veröffentlichung. Entsprechend dem FSA Kodex wird die GmbH im Internet unter www.....de das Sponsoring veröffentlichen.

Ort, den.....

Ort, den.....

.....
(Unterschrift des Sponsors)

.....
(Unterschrift des Gesponserten)

Beiblatt zum Muster-Sponsoringvertrag II (aktive Werbung)

Es sollte aus Sicht des Monitoring Ausschusses darauf geachtet werden, dass die Leistungen nach § 2 erst nach vorheriger Prüfung und Freigabe durch die Selbsthilfeorganisation erfolgen können bzw. dass auf eine produktneutrale Ausgestaltung der Werbung geachtet wird. Die folgenden Beispiele können für entsprechende Formulierungen als Anhaltspunkt dienen:

- Der Gesponserte duldet, dass sein Name in Veröffentlichungen und Pressemitteilungen des Sponsors über das Projekt nach Vorlage, Prüfung und Freigabe der entsprechenden Texte durch den Gesponserten wegen des besonderen Engagements für den Gesponserten genannt wird.
- In der Geschäftsstelle des Gesponserten sowie auf Veranstaltungen des Gesponserten werden nach Vorlage, Prüfung und Freigabe durch die Selbsthilfeorganisation Werbemittel des Sponsors ausgelegt. Der Sponsor trägt Sorge dafür, dass die Auslage dieser Werbemittel nicht gegen gesetzliche Bestimmungen, insbesondere das Heilmittelwerbegesetz, verstößt.
- Die Firma erhält die Gelegenheit, im Rahmen der Veranstaltung einen Stand aufzubauen, eine Anzeige im Veranstaltungsprogramm zu schalten usw. (optional). Die Firma verpflichtet sich, jede Beteiligung produktneutral zu gestalten.
- Der Gesponserte erklärt sich damit einverstanden, dass der Sponsor zu Werbezwecken das Logo des Gesponserten im Zusammenhang mit dem Projekt und nach Vorlage, Prüfung und Freigabe der entsprechenden Texte verwendet.
- Sollte XY beabsichtigen, die Unterstützung des Vereins mit seiner Zuwendung öffentlich zu bewerben und hierfür im eigenen Namen und auf eigene Rechnung Agenturen beauftragen, duldet der Verein eine derartige Bewerbung unter der Maßgabe, dass die entsprechenden Aktionen und Beiträge vorab zur redaktionellen Prüfung und zur Freigabe vorgelegt werden. Der Verein muss in die Bewerbung einwilligen. Sollte der Verein die Freigabe verweigern, ist XY nicht berechtigt, die Bewerbung zu publizieren. XY verpflichtet sich insoweit, keinerlei Einfluss auf die redaktionelle oder inhaltliche Ausgestaltung einer etwaigen öffentlichen Berichterstattung des Vereins zu nehmen. Sollte seitens des XY geltend gemacht werden, dass ein Beitrag aus wissenschaftlicher Sicht unzutreffend sei, prüft der Verein diesen Sachverhalt durch Hinzuziehung des wissenschaftlichen Beirats oder weiterer unabhängiger Sachverständiger; die Ausgestaltung des Beitrags liegt auch in diesem Fall beim Verein.
- Um die Unabhängigkeit des Vereins zu sichern, wird zwischen den Parteien keine exklusive Zusammenarbeit (einschließlich eventueller Veranstaltungen) vereinbart. XY wird sich eine solche Exklusivität auch nicht unverlangt einräumen lassen.

- Soweit XY Dritte mit der Erfüllung von Vertragspflichten beauftragt, verpflichtet sich XY, dem Dritten alle Verpflichtungen aus diesem Vertrag in gleicher Weise aufzuerlegen.